

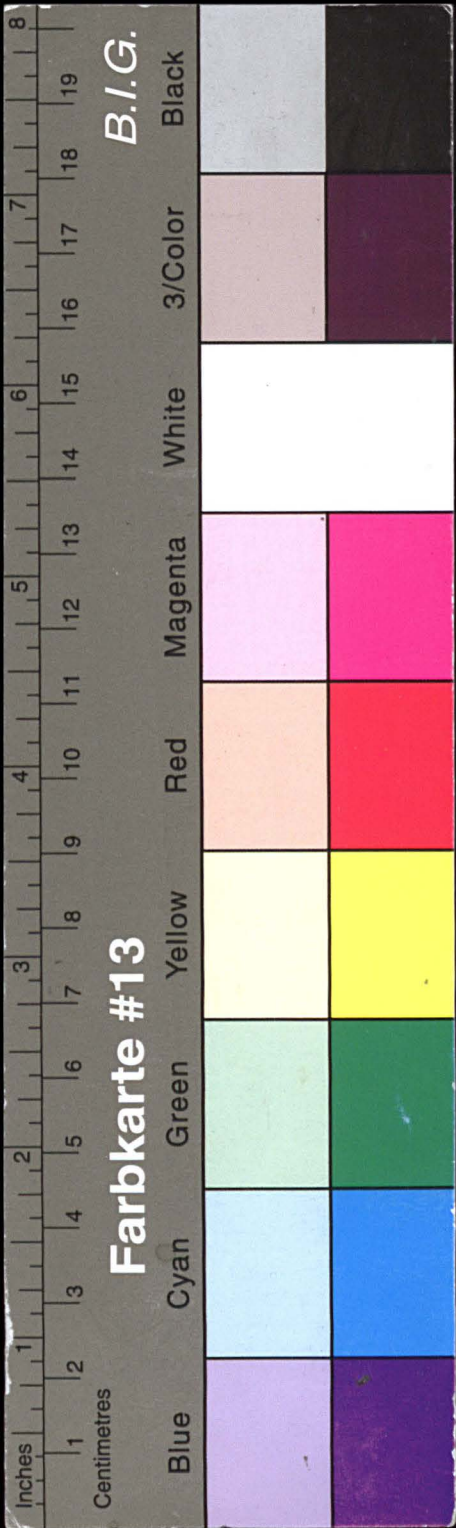
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Kreisarchiv Stormarn

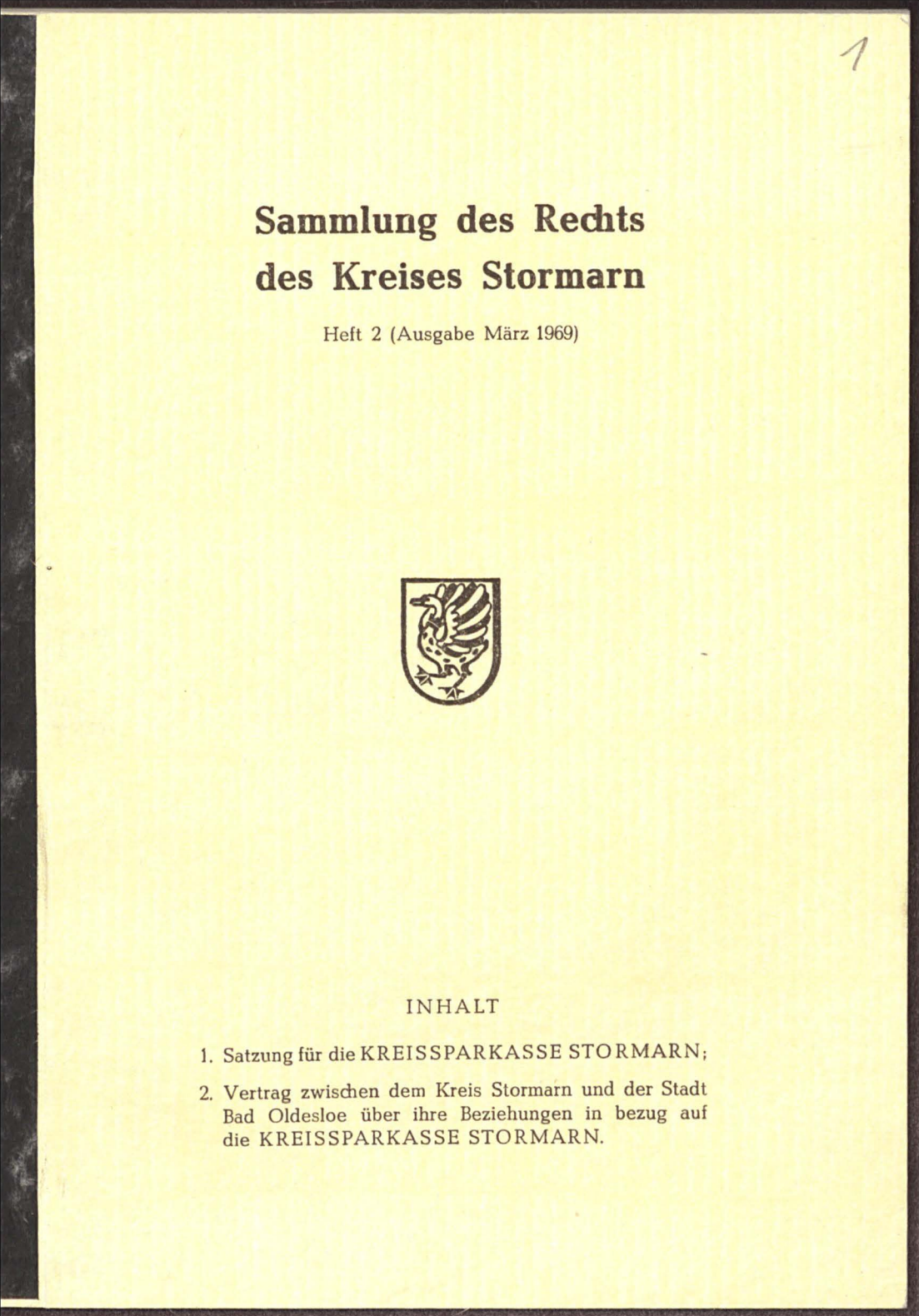
Bestand **E103**

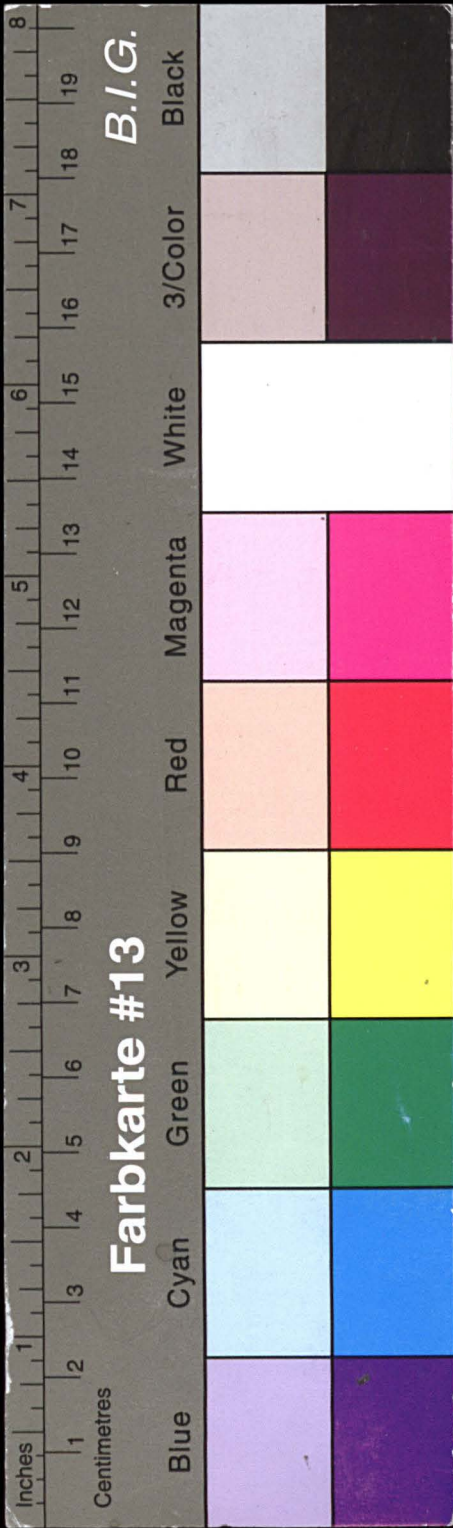
287



Kreisarchiv Stormarn E103

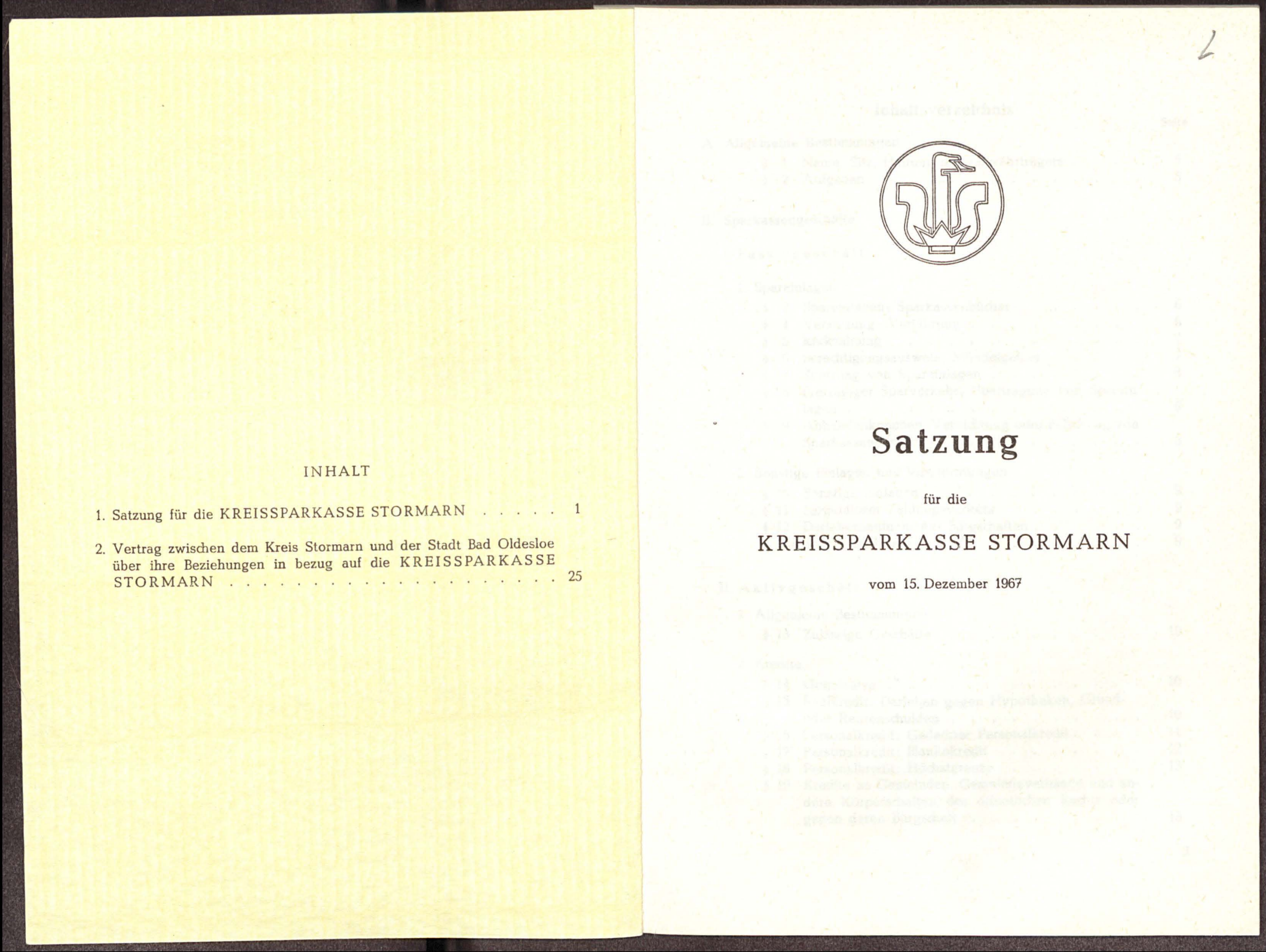
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

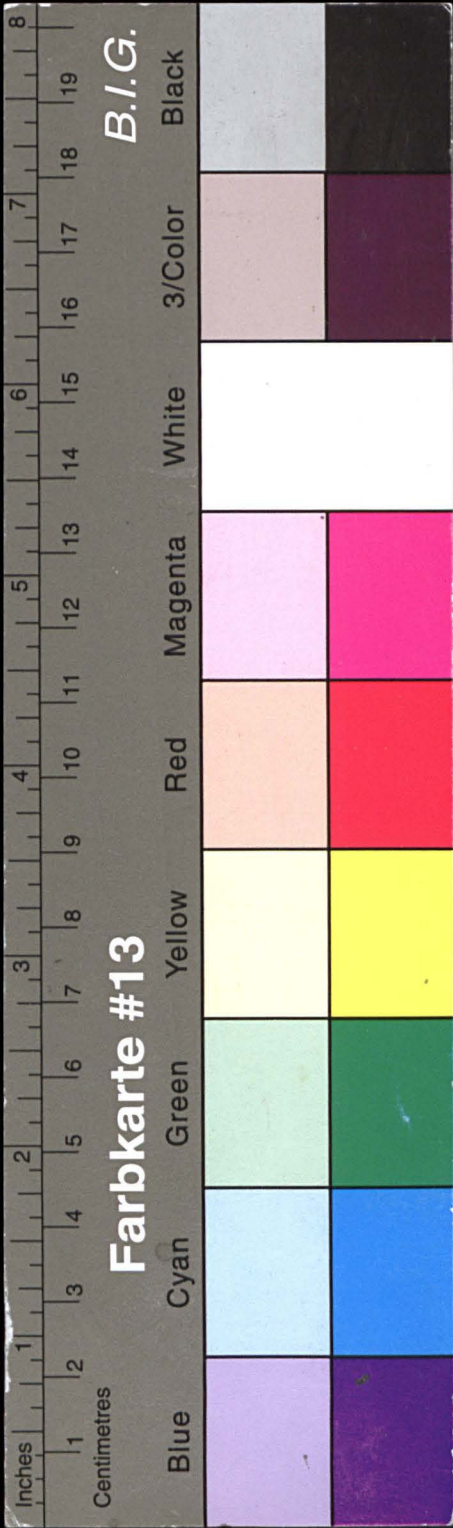




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

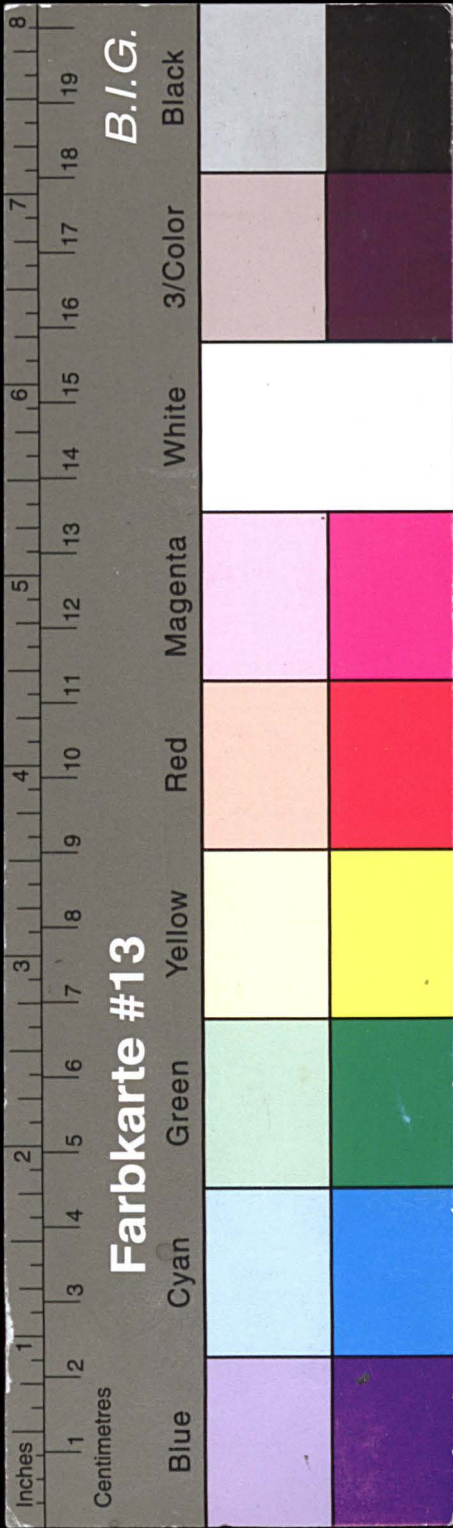




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Inhaltsverzeichnis		Seite
A. Allgemeine Bestimmungen		
§ 1	Name, Sitz, Haftung des Gewährträgers	5
§ 2	Aufgaben	5
B. Sparkassengeschäfte		
I. Passivgeschäft		
1. Spareinlagen		
§ 3	Spareinlagen; Sparkassenbücher	6
§ 4	Verzinsung; Verjährung	6
§ 5	Rückzahlung	7
§ 6	Berechtigungsausweis; Mündelgelder	7
§ 7	Sperrung von Spareinlagen	8
§ 8	Freizügiger Sparverkehr; Übertragung von Spareinlagen	8
§ 9	Abhandenkommen, Vernichtung oder Fälschung von Sparkassenbüchern	8
2. Sonstige Einlagen und Verpflichtungen		
§ 10	Sonstige Einlagen	9
§ 11	Bargeldloser Zahlungsverkehr	9
§ 12	Darlehensaufnahmen; Bürgschaften	9
§ 12 a	Sparkassenbriefe	9
II. Aktivgeschäft		
1. Allgemeine Bestimmungen		
§ 13	Zulässige Geschäfte	10
2. Kredite		
§ 14	Grundsätze	10
§ 15	Realkredit: Darlehen gegen Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden	10
§ 16	Personalkredit: Gedeckter Personalkredit	11
§ 17	Personalkredit: Blankokredit	12
§ 18	Personalkredit: Höchstgrenze	13
§ 19	Kredite an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder gegen deren Bürgschaft	13



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

3. Andere Anlagen	Seite
§ 20 Anlage in Wertpapieren	14
§ 21 Anlage bei Geldinstituten	14
§ 22 Anlage in Schatzwechseln und Privatkonten	14
§ 23 Anlage in Grundstücken	14
§ 24 Beteiligungen	14
4. Liquidität	
§ 25 Flüssige Werte	15
III. Sonstige Geschäfte	
§ 26 Dienstleistungsgeschäfte und andere Geschäfte	15
IV. Ausnahmen	
§ 27 Ausnahmen	16
C. Verfassung und Verwaltung	
§ 28 Organe	16
§ 29 Verwaltungsrat	16
§ 30 Vorsitzender des Verwaltungsrates	16
§ 31 Aufgaben des Verwaltungsrates	16
§ 32 Sitzungen des Verwaltungsrates	17
§ 33 Kreditausschuß	17
§ 34 Aufgaben des Kreditausschusses	17
§ 35 Ehrenamtliche Mitglieder	18
§ 36 Vorstand	19
§ 37 Aufgaben des Vorstandes	19
§ 38 Gründe der Ausschließung von der Mitwirkung bei Entscheidungen	19
§ 39 Rechtsverhältnisse der Dienstkräfte der Sparkasse	20
§ 40 Amtsverschwiegenheit	20
§ 41 Verpflichtungserklärungen	20
§ 42 Prüfungen	21
§ 43 Geschäftsjahr	21
§ 44 Voranschlag der Handlungskosten	21
§ 45 Jahresabschluß und Entlastung	21
§ 46 Verwendung von Überschüssen	22
§ 47 Auflösung der Sparkasse	22
§ 48 Bekanntmachungen der Sparkasse	23
§ 49 Satzungsänderungen	23
§ 50 Bekanntmachung der Satzung	23
§ 51 Inkrafttreten der Satzung	23

4

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Name, Sitz, Haftung des Gewährträgers

(1) Die von dem Kreis Stormarn errichtete Sparkasse mit dem Sitz in Bad Oldesloe hat den Namen:

KREISSPARKASSE STORMARN

und führt ein Siegel oder einen Stempel mit dieser Bezeichnung.

(2) Die Sparkasse ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

(3) Der Kreis Stormarn haftet als Gewährträger für die Verbindlichkeiten der Sparkasse unbeschränkt. Die Gläubiger der Sparkasse können den Gewährträger nur in Anspruch nehmen, soweit sie aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden.

(4) Die Sparkasse kann Zweigstellen mit Ein- und Auszahlungsverkehr (Haupt- und Nebenzweigstellen) oder lediglich mit Einzahlungsverkehr (Annahmestellen) errichten.

(5) Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein.

§ 2

Aufgaben

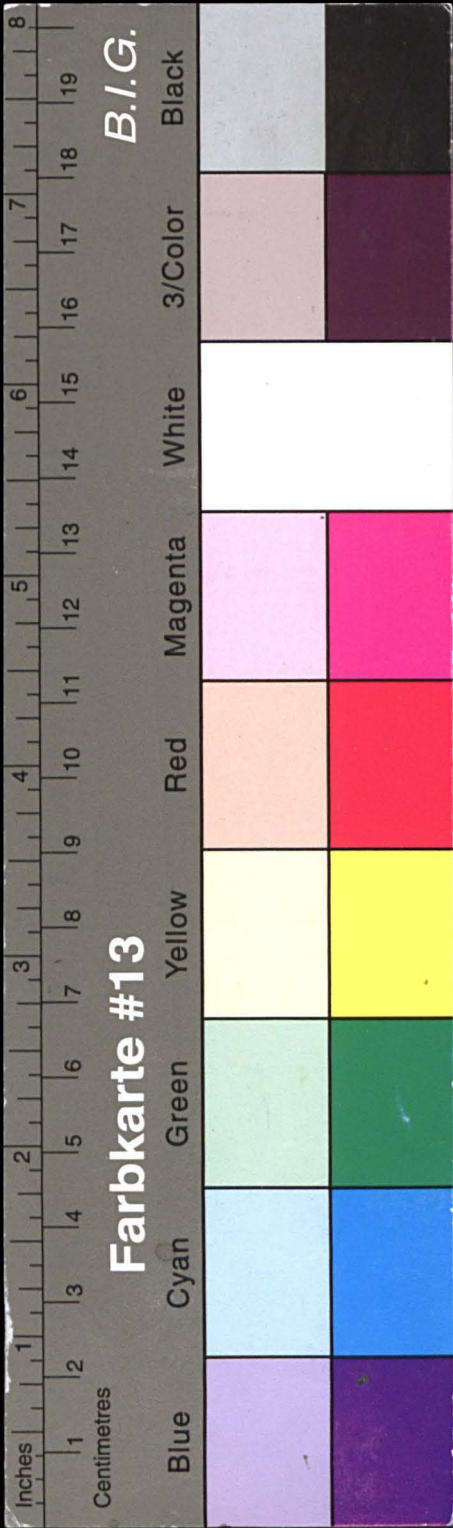
(1) Die Sparkasse hat die Aufgabe, den Sparsinn in der Bevölkerung zu wecken und zu fördern. Zu diesem Zweck hat sie alle erforderlichen und geeigneten Einrichtungen zu treffen, um möglichst viele Kreise der Bevölkerung für den Spargedanken zu gewinnen; hierzu gehören auch die Pflege des Sparsinns der Jugend durch Belehrung und Schulspareinrichtung sowie die Förderung des öffentlichen Bausparwesens.

(2) Die Sparkasse gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs nach Maßgabe dieser Satzung, pflegt den bargeldlosen Zahlungsverkehr, insbesondere den Spargiroverkehr (Sparkassenüberweisungsverkehr), und betreibt die weiteren in dieser Satzung vorgesehenen Geschäfte.

(3) Die Spareinlagen sollen unter Berücksichtigung der Liquiditätserfordernisse grundsätzlich lang- oder mittelfristig angelegt werden, die sonstigen Einlagen mit keinen längeren Kündigungsfristen, als sie hereingenommen sind. Die Ausleihungen werden entweder als jederzeit kündbare Kredite oder als Darlehen, in der Regel mit Kündigungsfristen und planmäßiger Tilgung, gewährt.

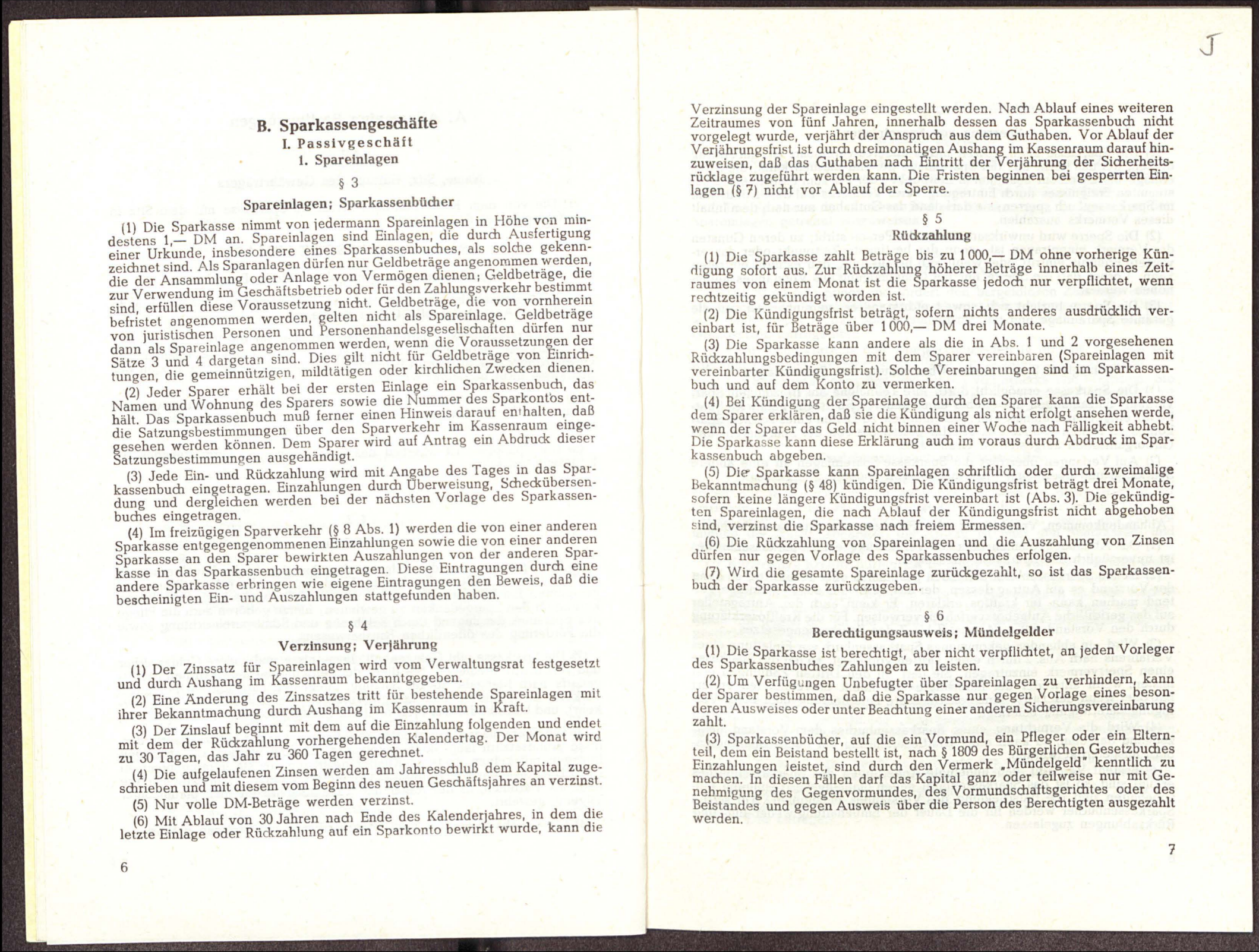
(4) Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt.

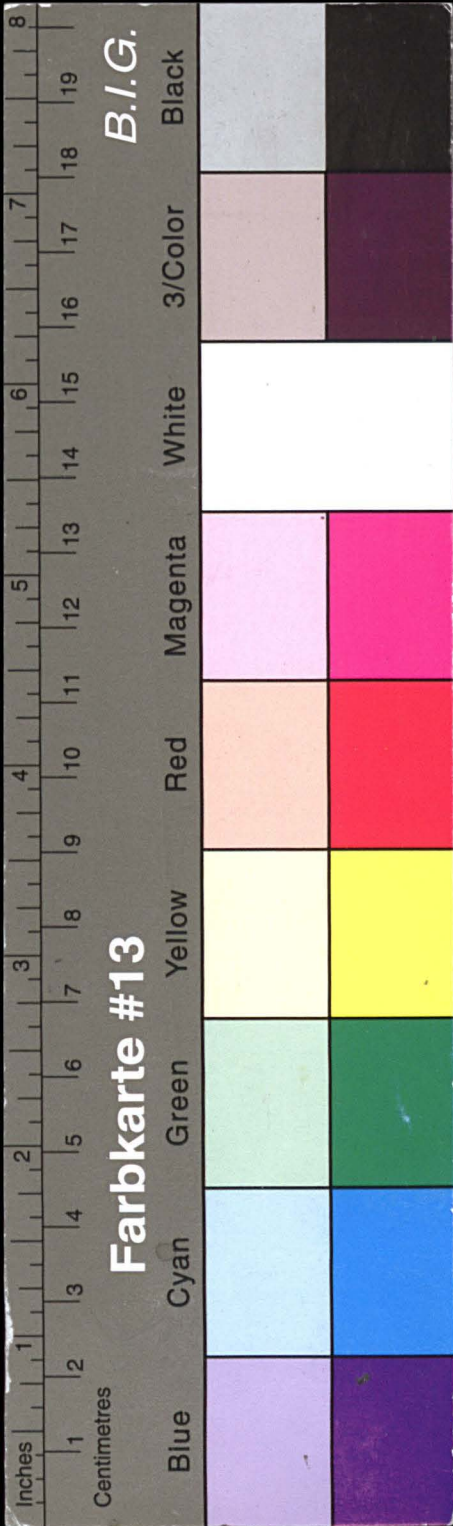
5



Kreisarchiv Stormarn E103

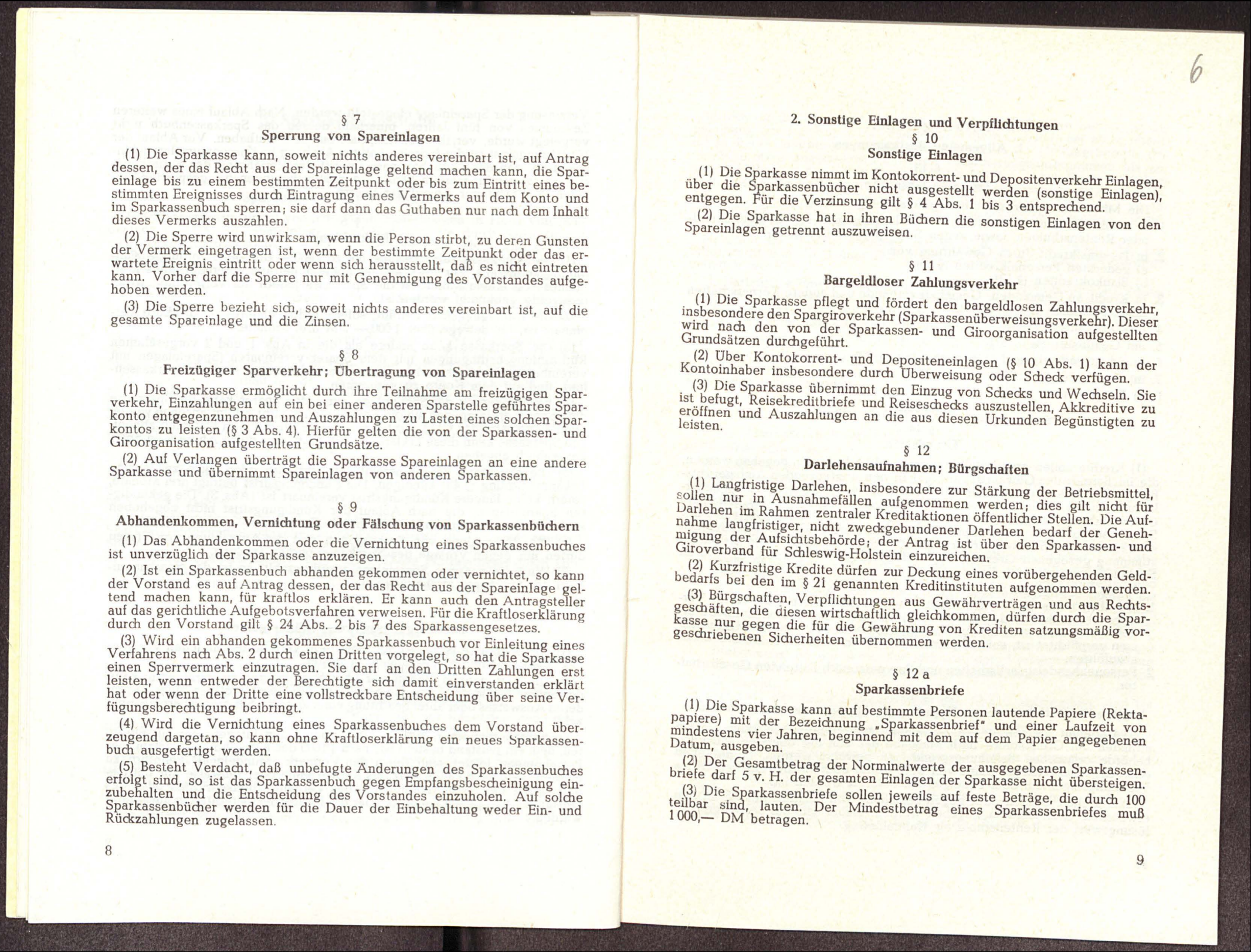
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

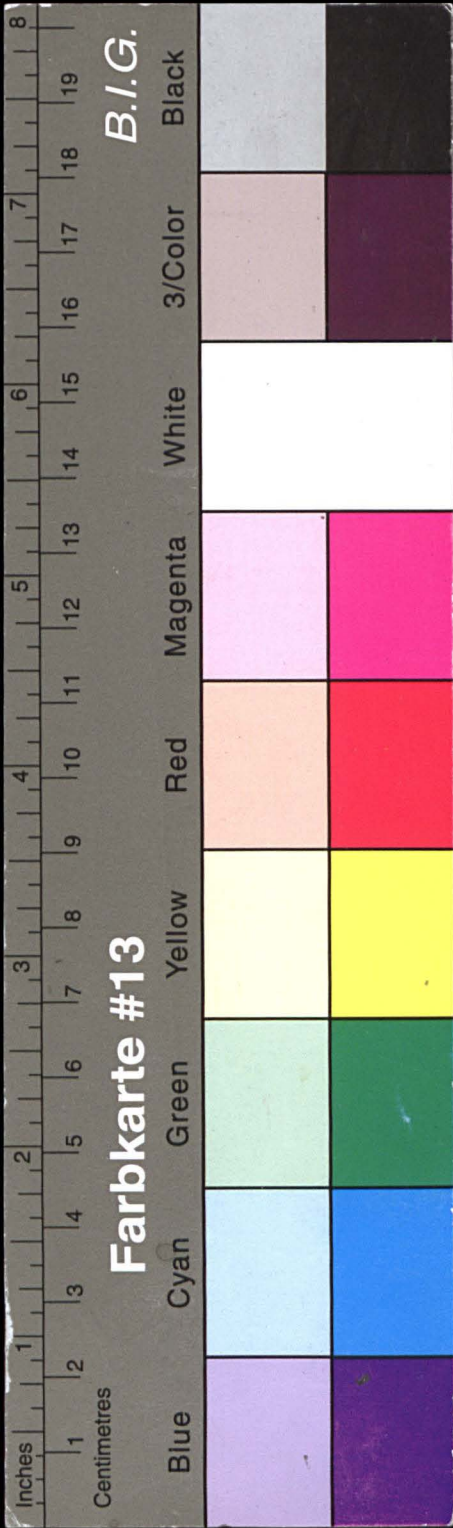




Kreisarchiv Stormarn E103

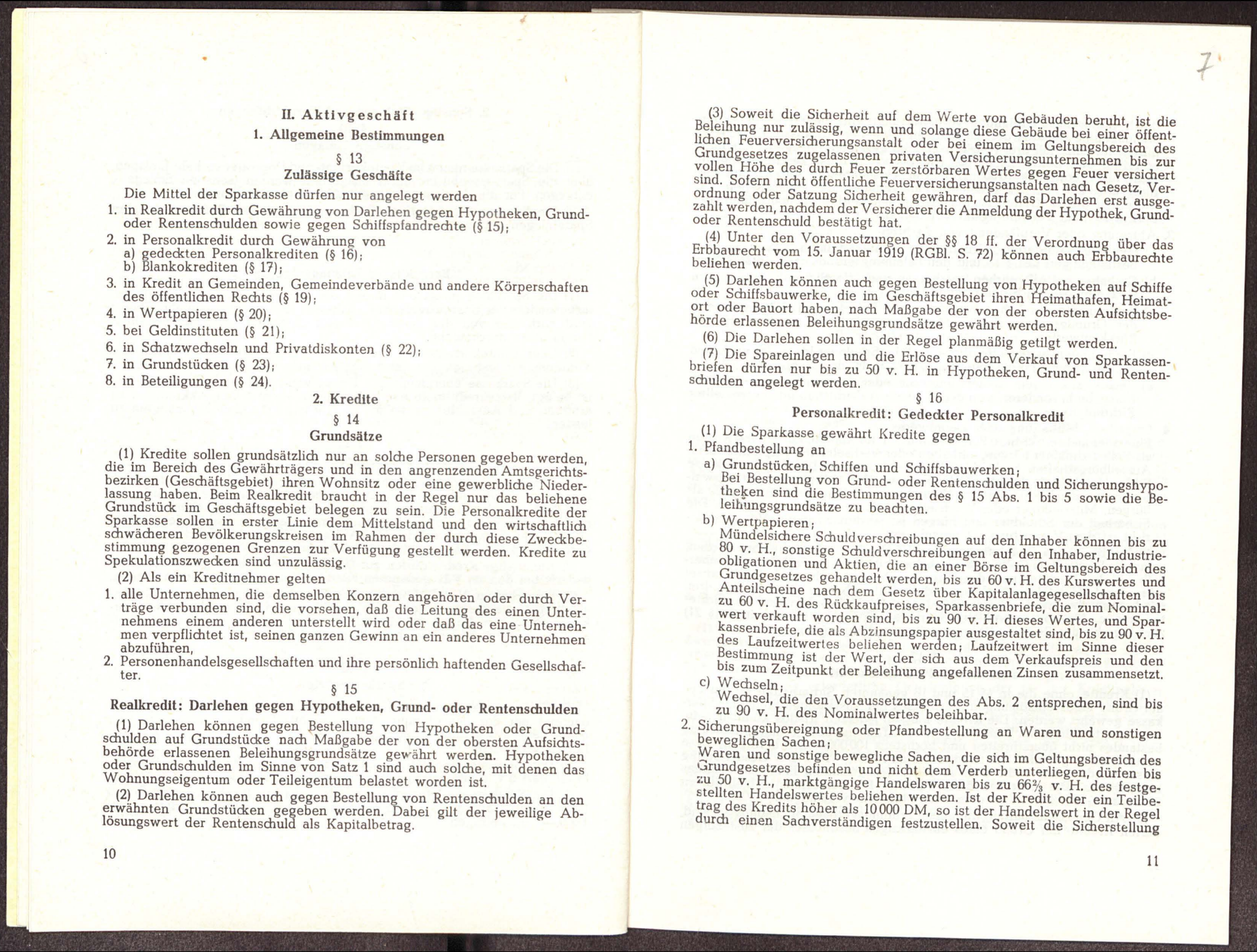
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

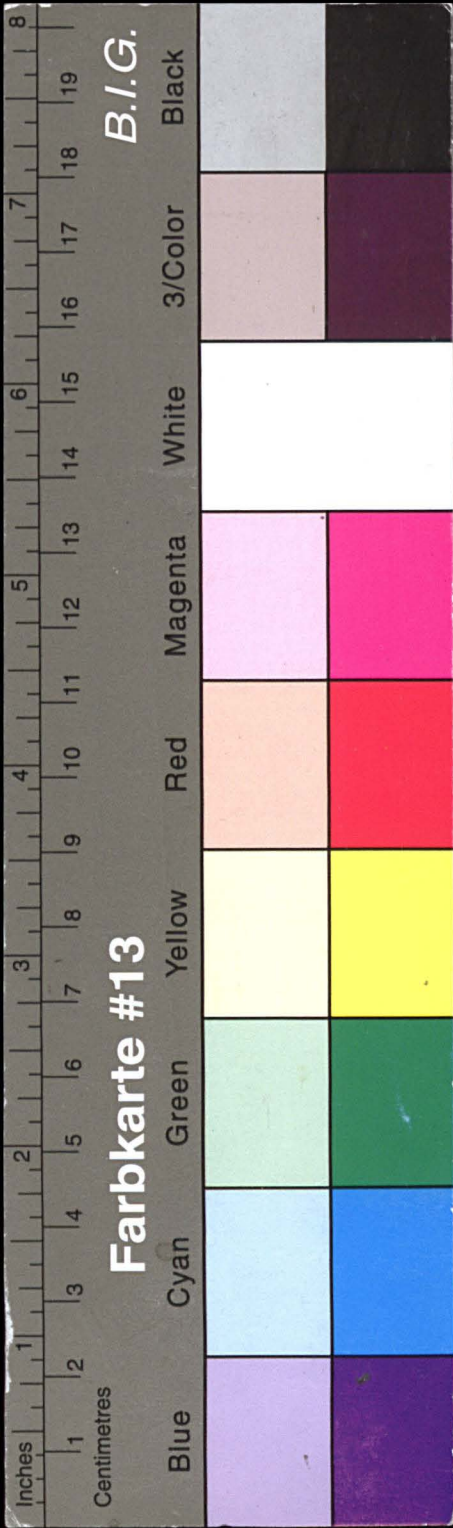




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- durch Sicherungsübereignung vorgenommen wird, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der zuständigen Stelle der Sparkasse. Die Kredite dürfen im Einzelfall drei vom Tausend der gesamten Einlagen nicht überschreiten und höchstens 100 000 DM betragen; diese Beschränkung gilt nicht für Kredite bis 10 000 DM. Der Gesamtbetrag der Kredite darf nicht über 8 v. H. des gesamten Einlagenbestandes hinausgehen. Die Sicherheit dieser Kredite ist mindestens halbjährlich zu überprüfen; der Bericht ist dem Verwaltungsrat vorzulegen.
3. Abtretung oder Verpfändung von Rechten;
- a) Hypothekenforderung, Grund- oder Rentenschulden, soweit sie den Bestimmungen des § 15 und den Beleihungsgrundsätzen entsprechen;
- b) Guthaben bei öffentlichen Sparkassen und öffentlichen Bausparkassen im Geltungsbereich des Grundgesetzes;
- c) Forderungen aus Lebensversicherungen bei einer im Geltungsbereich des Grundgesetzes zugelassenen Gesellschaft bis zu 80 v. H. des Rückkaufwertes;
- d) Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Schuldner bis zu 90 v. H. und andere sichere Forderungen bis zu 75 v. H. des Nennwertes;
- e) Rechte aus einem Dauerwohnrecht oder Dauernutzungsrecht nach Maßgabe besonderer, von der obersten Aufsichtsbehörde aufgestellter Richtlinien.
4. Bürgschaft, Mithaftung oder Depotwechsel;
Eine oder mehrere sichere Personen müssen für Kapital, Zinsen und Kosten als Selbstschuldner bürgen, mithaften oder wechselmäßig verpflichtet sein. Ausfallbürgschaften sind zulässig, wenn sie von der Landesgarantiekasse Schleswig-Holstein GmbH, Kiel, erteilt werden. Mitglieder des Verwaltungsrates, des Vorstandes und Dienstkräfte der Sparkasse dürfen nicht als Bürgen, Mitschuldner oder Wechselverpflichtete zugelassen werden. Die Sicherheit der Schuldner und Bürgen ist jährlich zu überprüfen; der Bericht ist dem Verwaltungsrat vorzulegen.
- (2) Kredite durch Diskontierung von Wechseln dürfen gewährt werden, wenn die Wechsel im Geltungsbereich des Grundgesetzes zahlbar und innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Ankaufs fällig sind. Die Wechsel müssen gute Handelswechsel sein und die Unterschriften von möglichst drei, mindestens aber zwei sicheren und als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten tragen. Sie können von der Sparkasse an andere Geldinstitute (§ 21) zum Zwecke der Rediskontierung weitergegeben werden.

§ 17

Personalkredit: Blankokredit

- (1) Kredite ohne die in §§ 15 und 16 genannten Sicherheiten dürfen nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der zuständigen Stelle der Sparkasse gewährt werden. Die Kredite müssen jederzeit fristlos kündbar sein. Die Kredite dürfen im Einzelfall drei vom Tausend des gesamten Einlagenbestandes nicht überschreiten und höchstens 100 000,— DM betragen; diese Beschränkung gilt nicht für Kredite bis zu 10 000,— DM. Der Gesamtbetrag dieser Kredite darf nicht über 10 v. H. des gesamten Einlagenbestandes hinausgehen. Die Sicherheit dieser Kredite ist mindestens halbjährlich zu überprüfen; der Bericht ist dem Verwaltungsrat vorzulegen.
- (2) An Genossenschaften, die einem Prüfungsverband angeschlossen sind, dürfen Kredite auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der zuständigen

Stelle der Sparkasse ohne weitere Sicherheit über die Beschränkungen nach Abs. 1 hinaus unter folgenden Voraussetzungen gewährt werden:

1. Der Gesamtbetrag des ungedeckten Kredits an eine Genossenschaft darf bei Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht 10 v. H. des Gesamtvermögens sämtlicher Genossen, bei Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht 25 v. H. der Geschäftguthaben der Genossen und der Reserven nicht übersteigen.
2. Soweit nicht planmäßige Tilgungen vereinbart sind, muß der Kredit mit höchstens sechsmonatiger Frist kündbar sein.
3. Die Gesamthöhe der ungedeckten Kredite an Genossenschaften darf höchstens 10 v. H. des gesamten Einlagenbestandes betragen.
- Die Vermögenslage der Genossenschaften, denen Kredite gewährt worden sind, ist mindestens einmal jährlich eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Verwaltungsrat vorzulegen.

§ 18

Personalkredit: Höchstgrenze

(1) Einem einzelnen Kreditnehmer darf an Personalkredit einschließlich Verpflichtungen nach § 12 Abs. 3 nicht mehr als 1 v. H. der gesamten Einlagen der Sparkasse gewährt werden. Diese Beschränkung gilt nicht, wenn die einem einzelnen Kreditnehmer gewährten Personalkredite insgesamt 20 000,— DM nicht übersteigen. Der einem einzelnen Kreditnehmer zu gewährende Personalkredit darf den Betrag von 500 000,— DM nicht übersteigen, wobei der dem jeweiligen Haftungsverhältnis aus Kreditgewährungen im Rahmen zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen entsprechende Kreditbetrag mit einzurechnen ist. Verpflichtungen nach § 12 Abs. 3 sowie Kredite durch Diskontierung von Wechseln (§ 16 Abs. 2) werden unbeschadet des Satzes 1 nur zur Hälfte auf die Höchstgrenze angerechnet.

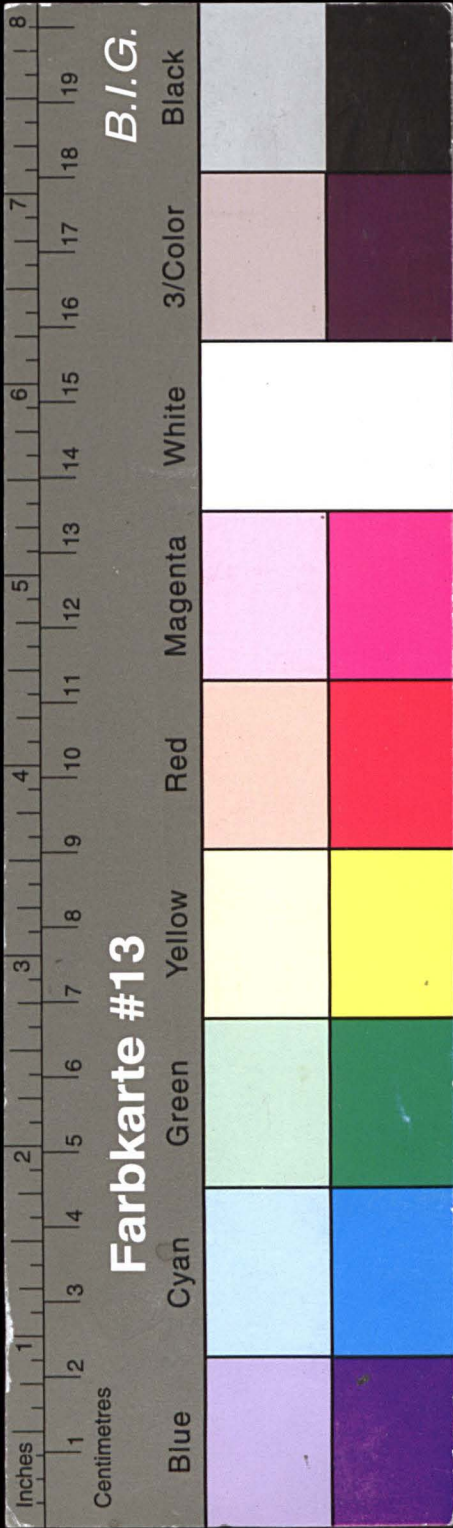
(2) Diese Beschränkungen gelten nicht für Kredite an Genossenschaften nach § 17 Abs. 2 sowie für Kredite, die nach § 16 Abs. 1 Ziffer 3 Buchst. b) gesichert sind und für denjenigen Teilbetrag, für den eine Bürgschaft der Landesgarantiekasse Schleswig-Holstein GmbH., Kiel, vorliegt.

§ 19

Kredite an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder gegen deren Bürgschaft

(1) Die Sparkasse gewährt Kredite an Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände, Kirchengemeinden oder andere Körperschaften des öffentlichen Rechts im Lande Schleswig-Holstein, denen gesetzlich das Recht zusteht, ihre Umlagen oder Beiträge im Verwaltungszwangsverfahren beizutreiben. Die etwa erforderliche Genehmigung der für den Kreditnehmer zuständigen Aufsichtsbehörde ist nachzuweisen. Bei langfristigen Darlehen ist eine planmäßige Tilgung festzusetzen. In der gleichen Weise können Kredite an Dritte unter Bürgschaft des Bundes, eines deutschen Landes, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne des Satzes 1 oder eines öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutes gewährt werden.

(2) Der Gesamtbetrag der nach Abs. 1 Satz 1 sowie der unter der Bürgschaft einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder eines Zweckverbandes gewährten Kredite darf 25 v. H., derjenige der langfristigen Kredite 15 v. H. der gesamten Einlagen und der Erlöse aus dem Verkauf von Sparkassenbriefen nicht übersteigen; dies gilt nicht für Kredite im Rahmen



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen. In dem Gesamtbetrag der nach Satz 1 gewährten Kredite werden der Bestand an Inhaberanleihen von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Zweckverbänden sowie Verpflichtungen gemäß § 12 Abs. 3, die die Sparkasse zugunsten solcher Körperschaften übernommen hat, eingerechnet.

3. Andere Anlagen

§ 20

Anlage in Wertpapieren

Die Sparkasse kann Schuldverschreibungen auf den Inhaber, Orderschuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen erwerben, wenn sie mündelsicher sind.

§ 21

Anlage bei Geldinstituten

Die Sparkasse kann verfügbare Gelder als Sicht- und befristete Einlagen bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten im Geltungsbereich des Grundgesetzes, insbesondere bei den für das Geschäftsgebiet zuständigen Girozentralen, ferner bei der zuständigen Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank oder beim Postscheckamt anlegen. Ausnahmsweise kann die Anlage auch bei privaten Kreditinstituten erfolgen, wenn dies die Aufsichtsbehörde auf Antrag der Sparkasse zuläßt, der über den Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein zu stellen ist.

§ 22

Anlage in Schatzwechseln und Privatkonten

Die Sparkasse kann verfügbare Gelder zum Ankauf von rediskontfähigen Schatzwechseln sowie von solchen Wechseln verwenden, die als Privatkonten gehandelt werden. Sie können von der Sparkasse an andere Kreditinstitute (§ 21) weitergegeben werden.

§ 23

Anlage in Grundstücken

Die Sparkasse kann ihre Mittel in eigenen Verwaltungsgebäuden, in Wohngrundstücken, die im Geschäftsgebiet belegen sind, sowie in solchen Grundstücken anlegen, die zur Vermeidung von Verlusten freihändig oder im Wege der Zwangsversteigerung erworben werden. Die Anlage in Wohngrundstücken darf höchstens 10 v. H. der Spareinlagen betragen.

§ 24

Beteiligungen

Beteiligungen der Sparkasse an Einrichtungen der Sparkassenorganisation sind nach Anhörung des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein zulässig. Sonstige Beteiligungen bedürfen außerdem der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

4. Liquidität

§ 25

Flüssige Werte

(1) Die Sparkasse hat 30 v. H. der Spareinlagen und 50 v. H. der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten anzulegen. Dabei sind mindestens 10 v. H. der Spareinlagen und mindestens 20 v. H. der sonstigen Einlagen als Liquiditätsreserve bei den für das Geschäftsgebiet zuständigen Girozentralen zu unterhalten. Die Vorschrift des § 16 Abs. 5 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bleibt unberührt.

(2) Als flüssige Werte gelten:

1. Kassenbestand, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank und auf Postscheckkonto,
2. Guthaben bei den für das Geschäftsgebiet zuständigen Girozentralen (§ 21),
3. Guthaben bei anderen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, soweit diese eine Laufzeit oder Kündigungsfrist von nicht mehr als drei Monaten haben, sowie täglich fällige Guthaben bei privaten Kreditinstituten (§ 21),
4. Schatzwechsel und Privatkonten (§ 22),
5. Wechsel (§ 16 Abs. 2),
6. Schuldverschreibungen auf den Inhaber, Orderschuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen (§ 20), die von der Deutschen Bundesbank zum Lombardverkehr zugelassen sind,
7. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand, die von der Deutschen Bank zum Lombardverkehr zugelassen sind.

(3) Die Anlagen in den nach Abs. 2 zugelassenen Werten sollen zueinander in einem angemessenen Verhältnis stehen.

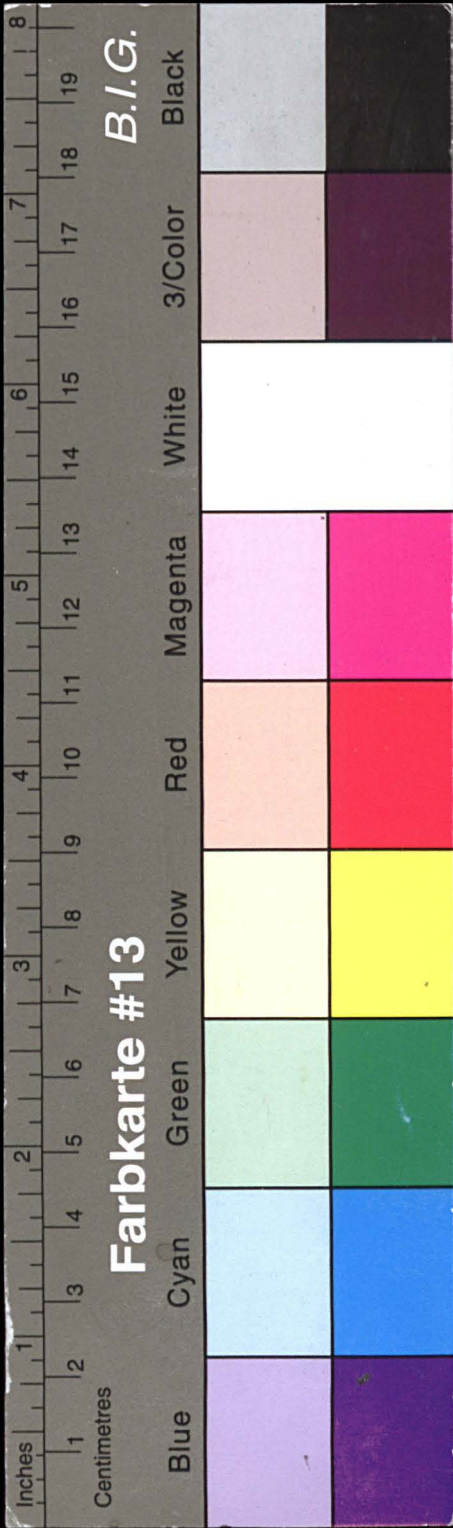
III. Sonstige Geschäfte

§ 26

Dienstleistungsgeschäfte und andere Geschäfte

Die Sparkasse ist befugt, folgende sonstige Geschäfte zu betreiben:

1. An- und Verkauf von Wertpapieren für fremde Rechnung; beim Kauf muß eine satzungsmäßig ausreichende Deckung vorhanden sein, beim Verkauf müssen die Wertpapiere vorher geliefert sein;
2. An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung (Wechsel, Schecks, Reiseschecks, Sorten und Ähnliches), von DM-Wechseln und DM-Schecks, die im Ausland zahlbar sind, von Goldmünzen und Edelmetallen
 - a) für fremde Rechnung;
 - b) für eigene Rechnung, soweit dies für Wechselstubengeschäfte und zur Befriedigung des Kundenbedarfs erforderlich ist;
3. Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren;
4. Vermietung von Schließfächern und Aufbewahrung von verschlossenen Depots;
5. Einziehung von Forderungen aller Art, insbesondere von Wechseln und Schecks einschließlich der in diesem Rahmen erforderlichen Indossierung, soweit es sich um Wechsel und Schecks handelt, die an ausländischen Plätzen zahlbar sind oder die auf ausländische Währung lauten, dürfen



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- diese nur an die zuständige Girozentrale oder an die Deutsche Bundesbank zum Einzug weitergegeben werden;
- Aufnahme von Hypothekenurkunden, Frachtbriefen und von sonstigen Dokumenten;
 - Dienstleistungen für öffentliche Bausparkassen;
 - Verwaltung und Weiterleitung fremder Mittel unter treuhänderischer Haftung;
 - Übernahme von Vermögensverwaltungen.

IV. Ausnahmen

§ 27

Ausnahmen

Die Vornahme von Geschäften, die nach den §§ 3 bis 26 nicht zulässig sind, bedarf der Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde.

C. Verfassung und Verwaltung

§ 28

Organe

Organe der Sparkasse sind:

- der Verwaltungsrat,
- der Vorstand.

§ 29

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Landrat als Vorsitzendem und 8 ehrenamtlichen Mitgliedern, die besondere wirtschaftliche Erfahrungen und Sachkunde besitzen müssen und bereit und geeignet sind, die Sparkasse zu fördern.

§ 30

Vorsitzender des Verwaltungsrates

Der Landrat hat den Vorsitz im Verwaltungsrat persönlich zu führen. Er wird im Falle seiner Behinderung durch ein vom Verwaltungsrat gewähltes ehrenamtliches Mitglied des Verwaltungsrates vertreten.

§ 31

Aufgaben des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien der Geschäftspolitik der Sparkasse, erläßt die Geschäftsanweisungen für den Vorstand, den Kreditausschuß und die Innenrevision und beaufsichtigt deren Geschäftsführung. Er erläßt ferner eine Geschäftsanweisung für die Dienstkräfte der Sparkasse, soweit sie nicht dem Vorstand angehören.

(2) Der Verwaltungsrat entscheidet über folgende Angelegenheiten:

- Aufstellung der Grundsätze für den gesamten Geschäftsverkehr (Kreditpolitik, Sicherung der Liquidität, Anlegung der Bestände, Festlegung der Zinssätze im Aktiv- und Passivgeschäft usw.);
- Errichtung und Auflösung von Zweigstellen;

- Vorschlag für die Anstellung, Entlassung und Zurruesetzung der Mitglieder des Vorstandes und der übrigen bei der Sparkasse tätigen Beamten;
- Aufstellung des Stellenplanes und des Voranschlages der Handlungskosten;
- Feststellung des Jahresabschlusses, Verteilung des Reingewinns;
- Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, mit Ausnahme des Erwerbs und der Veräußerung solcher Grundstücke, die im Wege der Zwangsversteigerung erworben werden oder erworben worden sind, um Verluste zu vermeiden;
- Aufnahme von Darlehen, soweit es sich nicht um zweckgebundene Mittel aus zentralen Kreditaktionen handelt;
- Erteilung von Vollmachten;
- Kreditanträge in den Fällen des § 34 Abs. 5;
- in Ausnahmefällen Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, für die der Kreditausschuß oder der Vorstand zuständig sind.

§ 32

Sitzungen des Verwaltungsrates

(1) Der Vorsitzende beruft den Verwaltungsrat ein und leitet die Sitzungen. Der Verwaltungsrat ist bei Bedarf, insbesondere auf Antrag des Vorstandes, mindestens jedoch viermal im Jahre unter Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen. Der Vorsitzende muß den Verwaltungsrat binnen einer Woche einberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates es unter Angabe des Gegenstandes der Beratung beantragt.

(2) Die Mitglieder des Vorstandes nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil.

(3) Der Verwaltungsrat ist beschlußfähig, wenn der Vorsitzende und die Hälfte der ehrenamtlichen Mitglieder anwesend sind.

(4) Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt, soweit nicht durch Gesetz oder diese Satzung etwas anderes vorgeschrieben ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(5) Über die Sitzung des Verwaltungsrates ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden und einem Verwaltungsratsmitglied zu unterzeichnen ist. Auszüge aus der Niederschrift sind zu den Vorgängen zu nehmen.

§ 33

Kreditausschuß

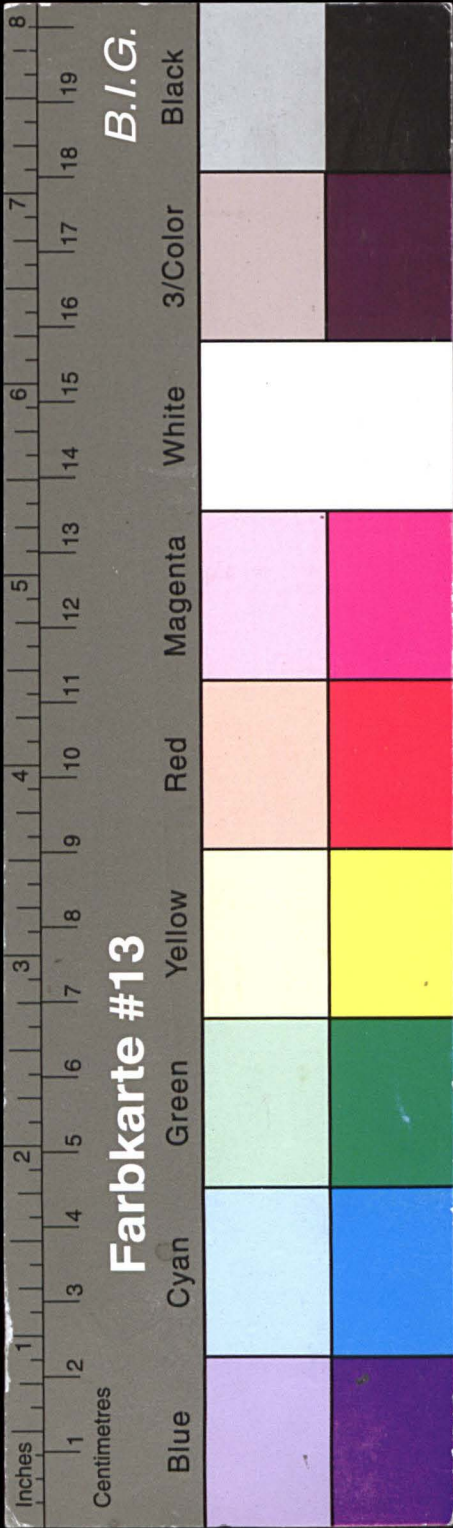
(1) Bei der Sparkasse ist ein Kreditausschuß zu bilden. Der Kreditausschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates als Vorsitzendem, den Mitgliedern des Vorstandes sowie drei ehrenamtlichen Mitgliedern.

(2) Die ehrenamtlichen Mitglieder und ihre Stellvertreter werden vom Verwaltungsrat aus seiner Mitte für die Dauer ihrer Mitgliedschaft im Verwaltungsrat gewählt.

§ 34

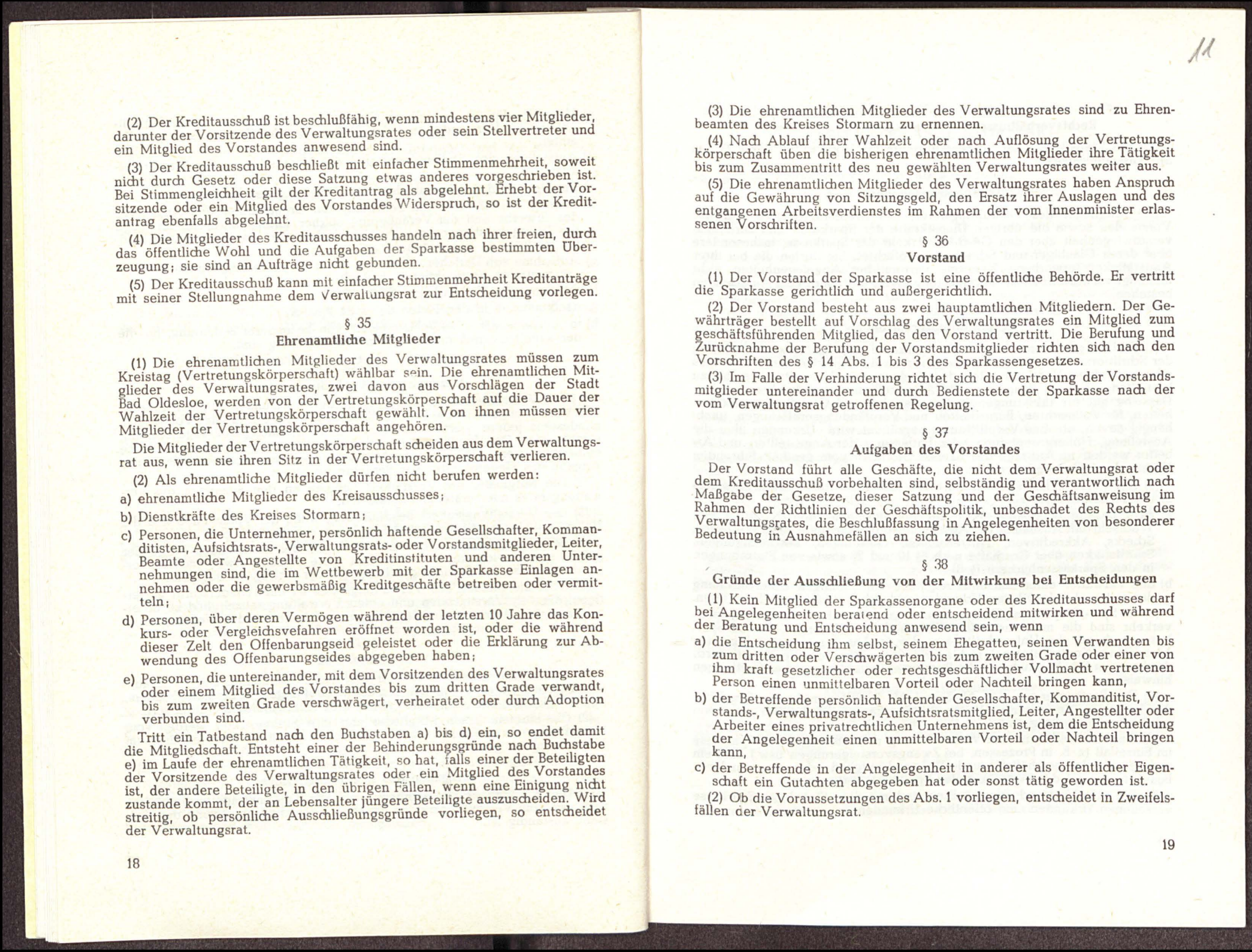
Aufgaben des Kreditausschusses

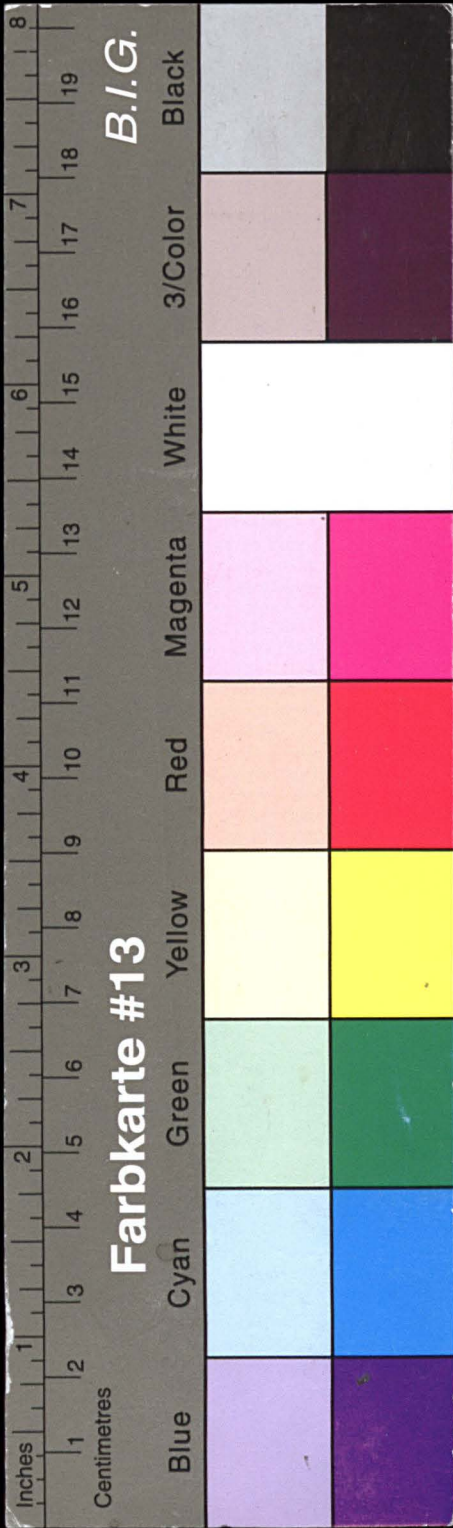
(1) Der Kreditausschuß beschließt über alle Kreditanträge, soweit nicht nach der vom Verwaltungsrat zu erlassenen Geschäftsanweisung der Vorstand zuständig ist.



Kreisarchiv Stormarn E103

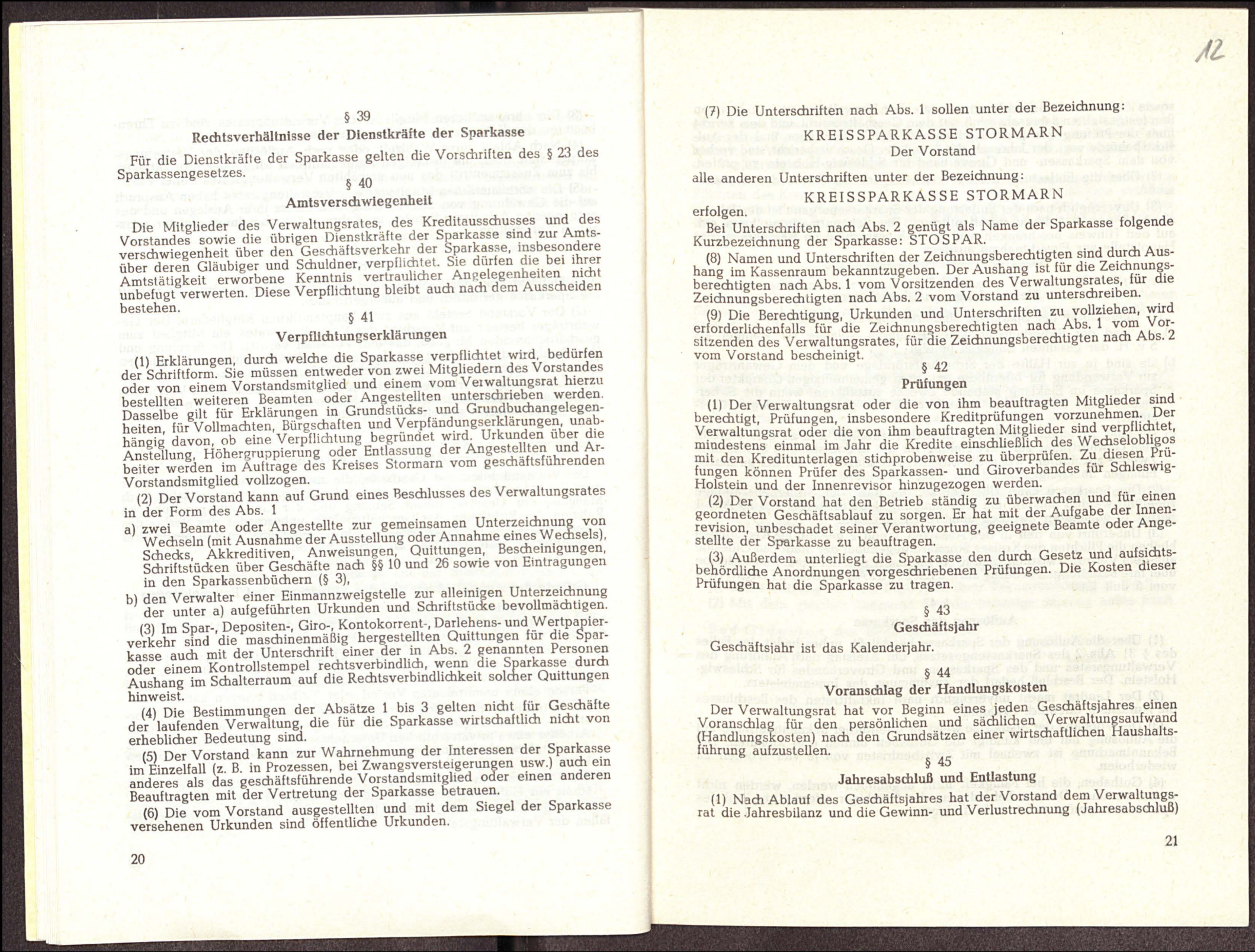
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

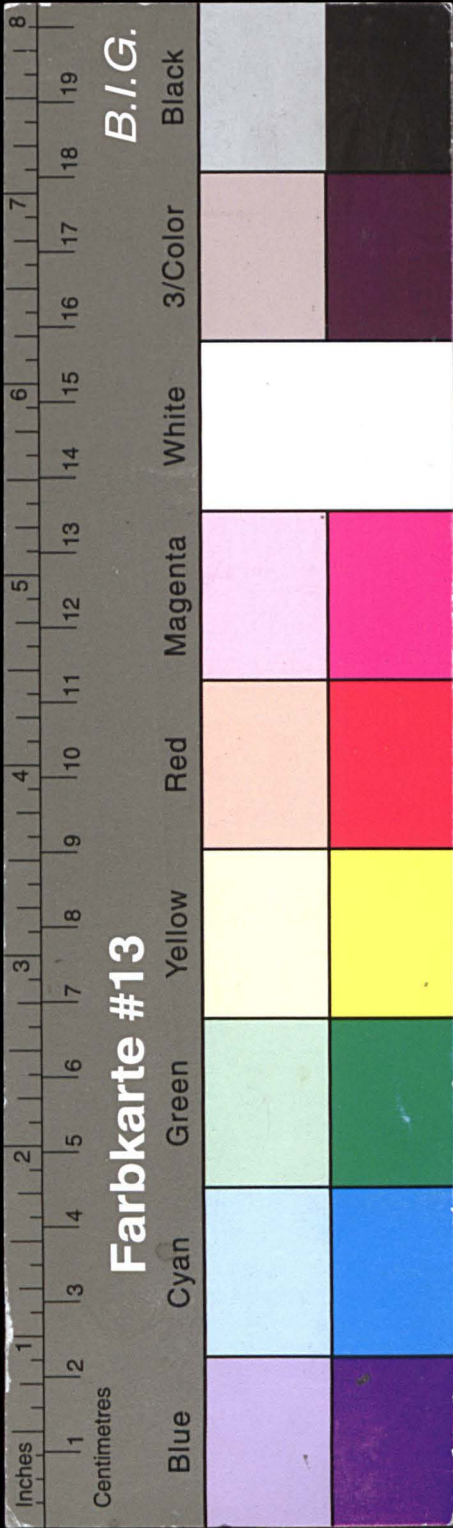




Kreisarchiv Stormarn E103

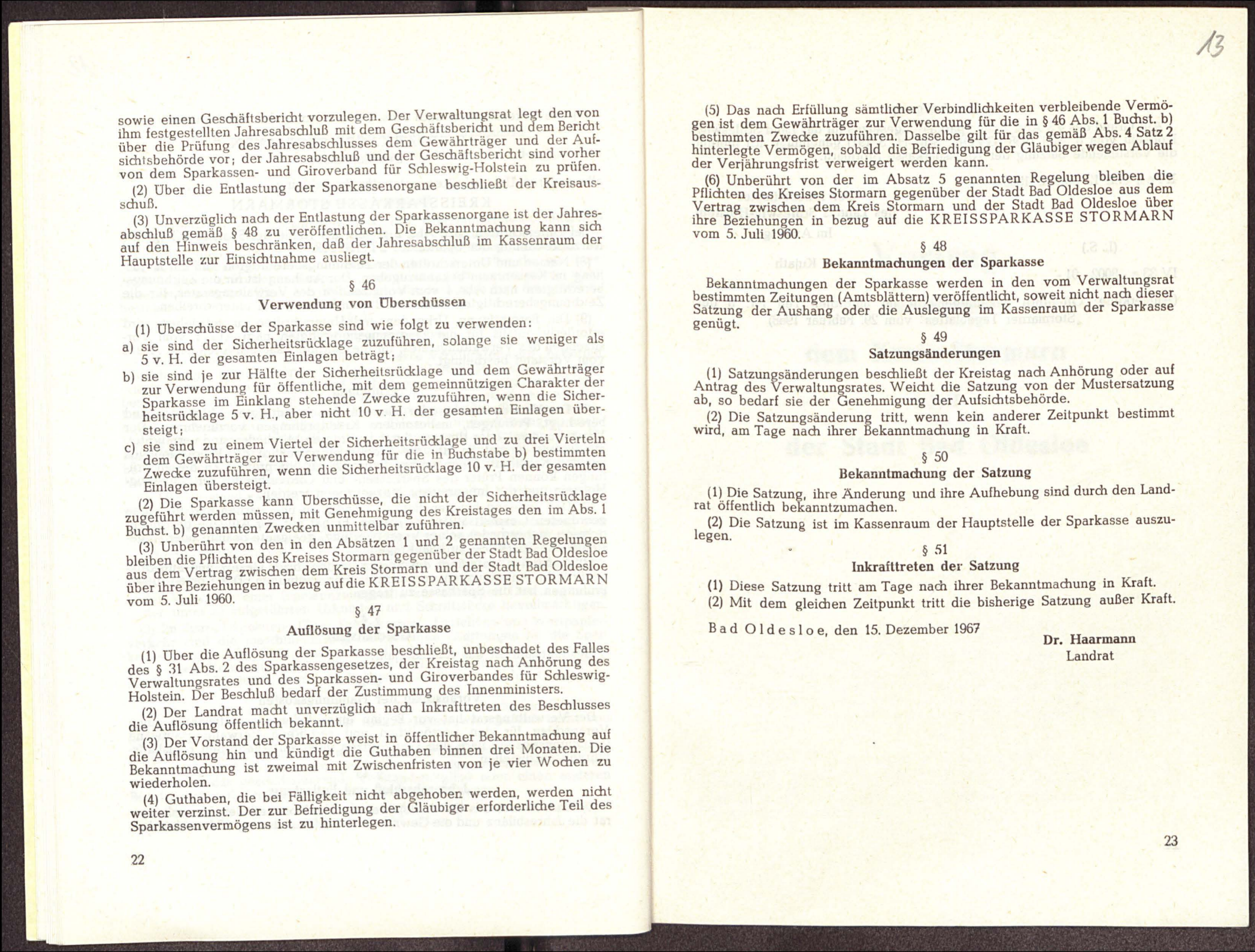
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

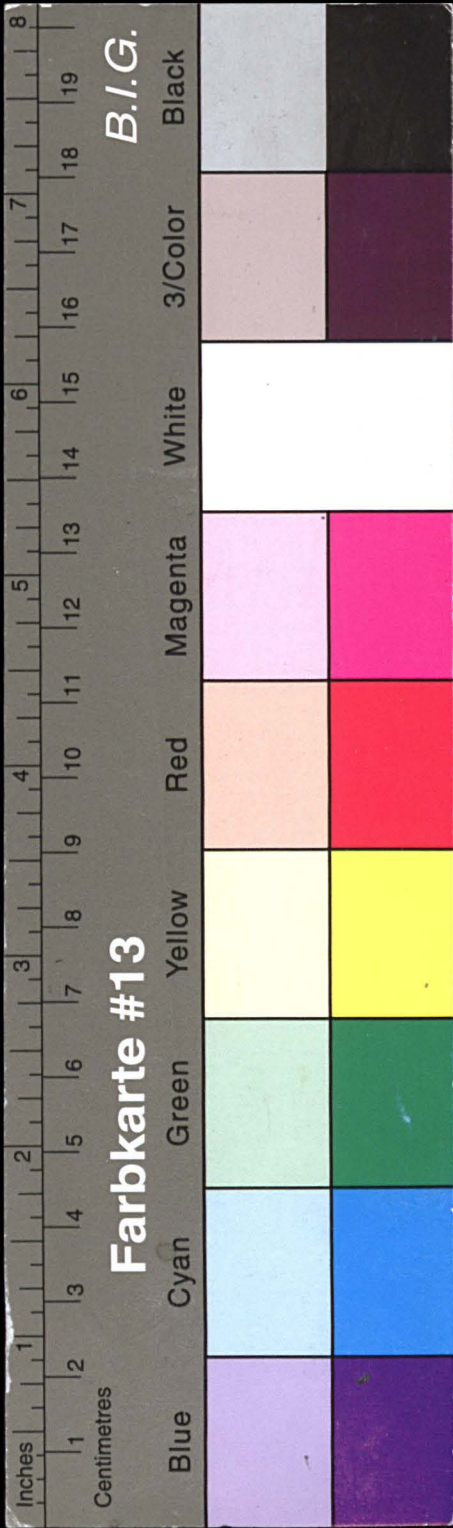




Kreisarchiv Stormarn E103

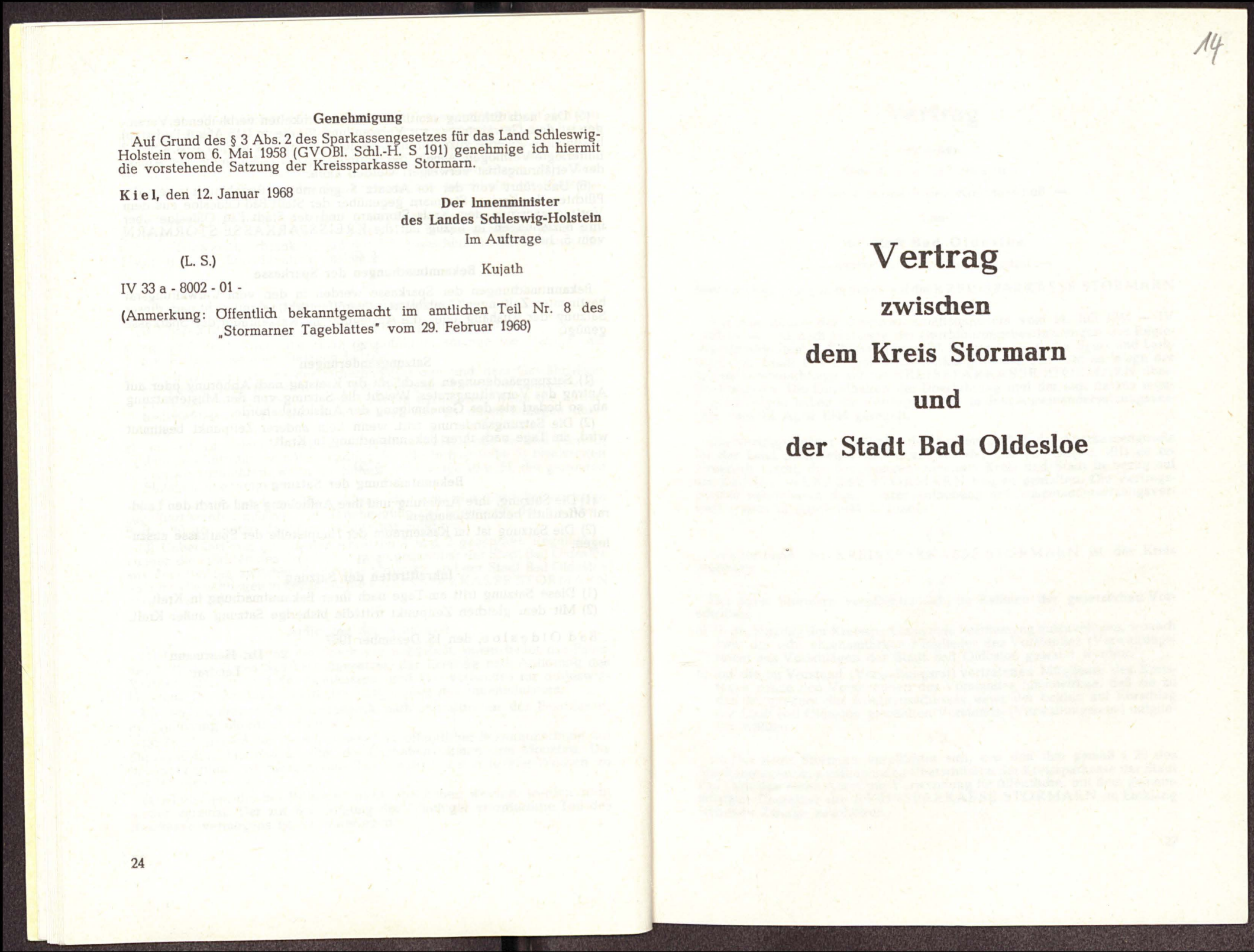
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

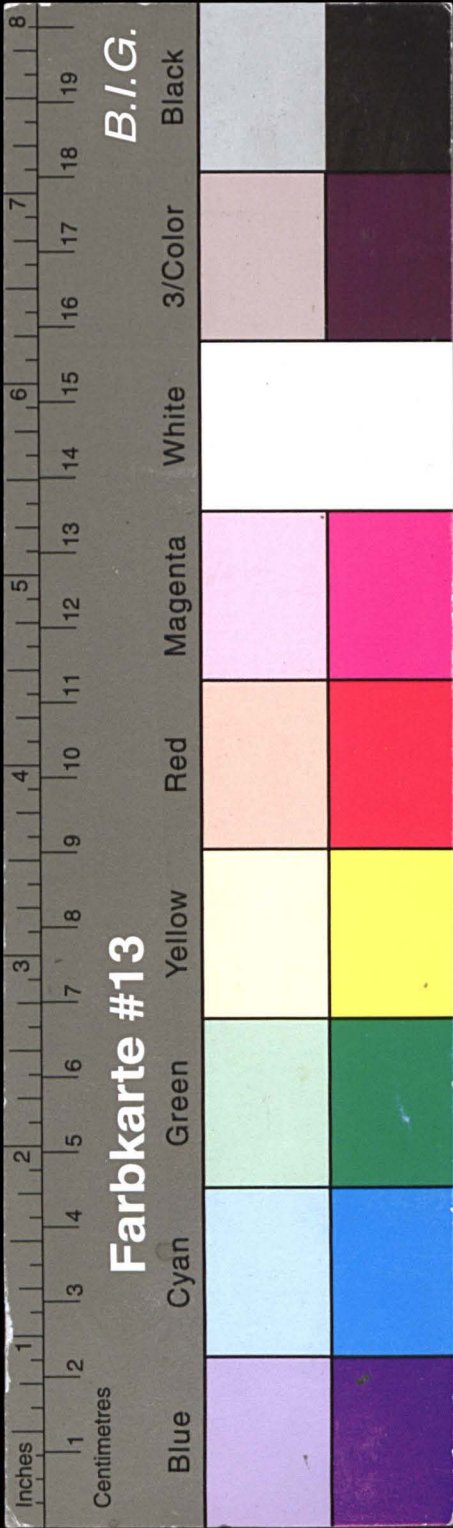




Kreisarchiv Stormarn E103

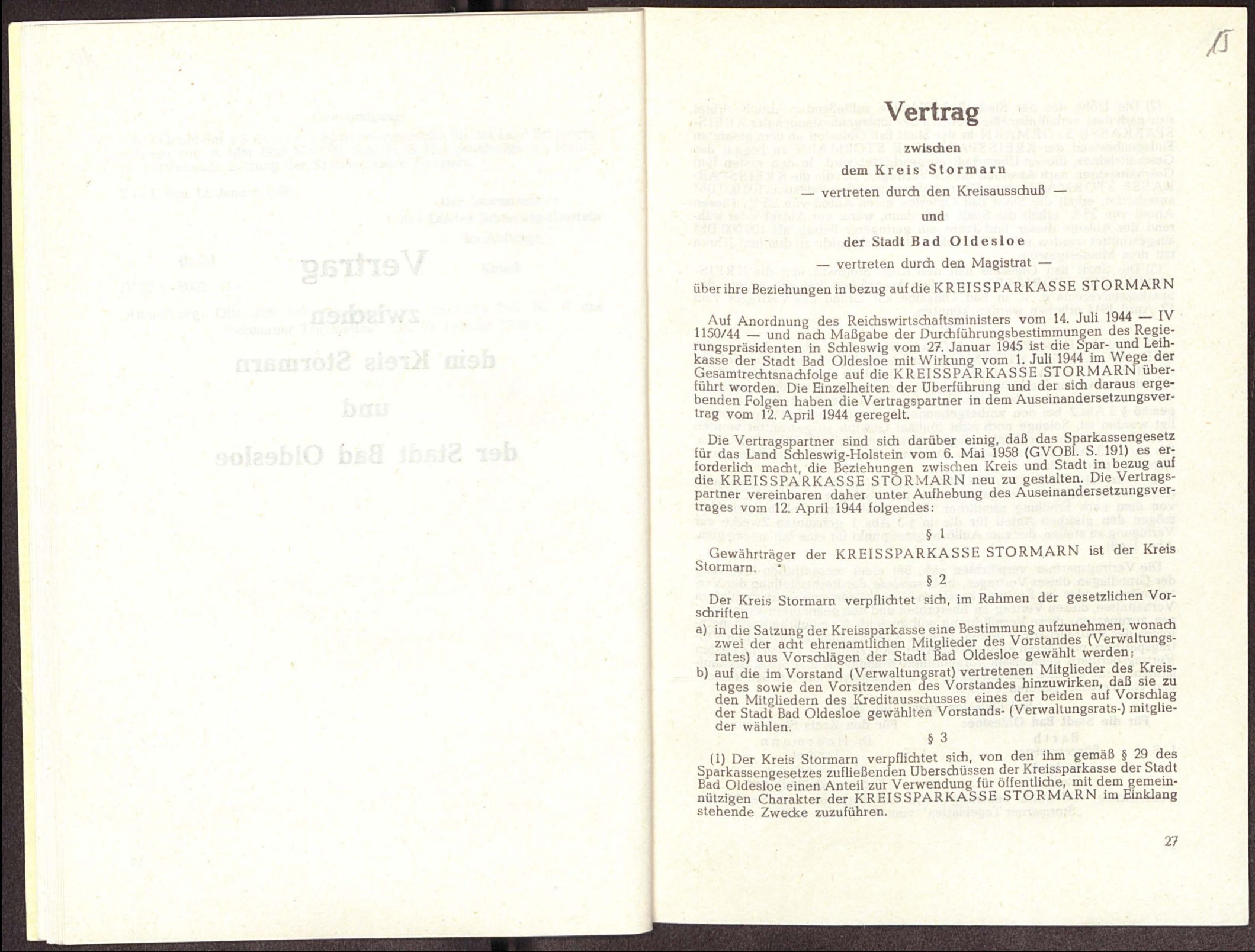
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

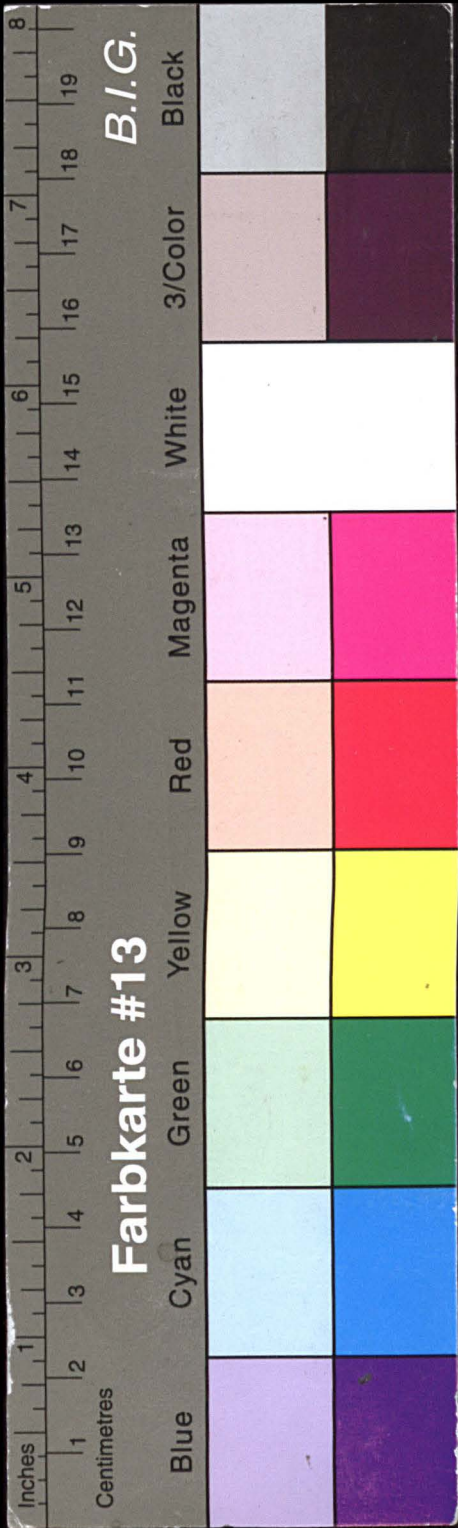




Kreisarchiv Stormarn E103

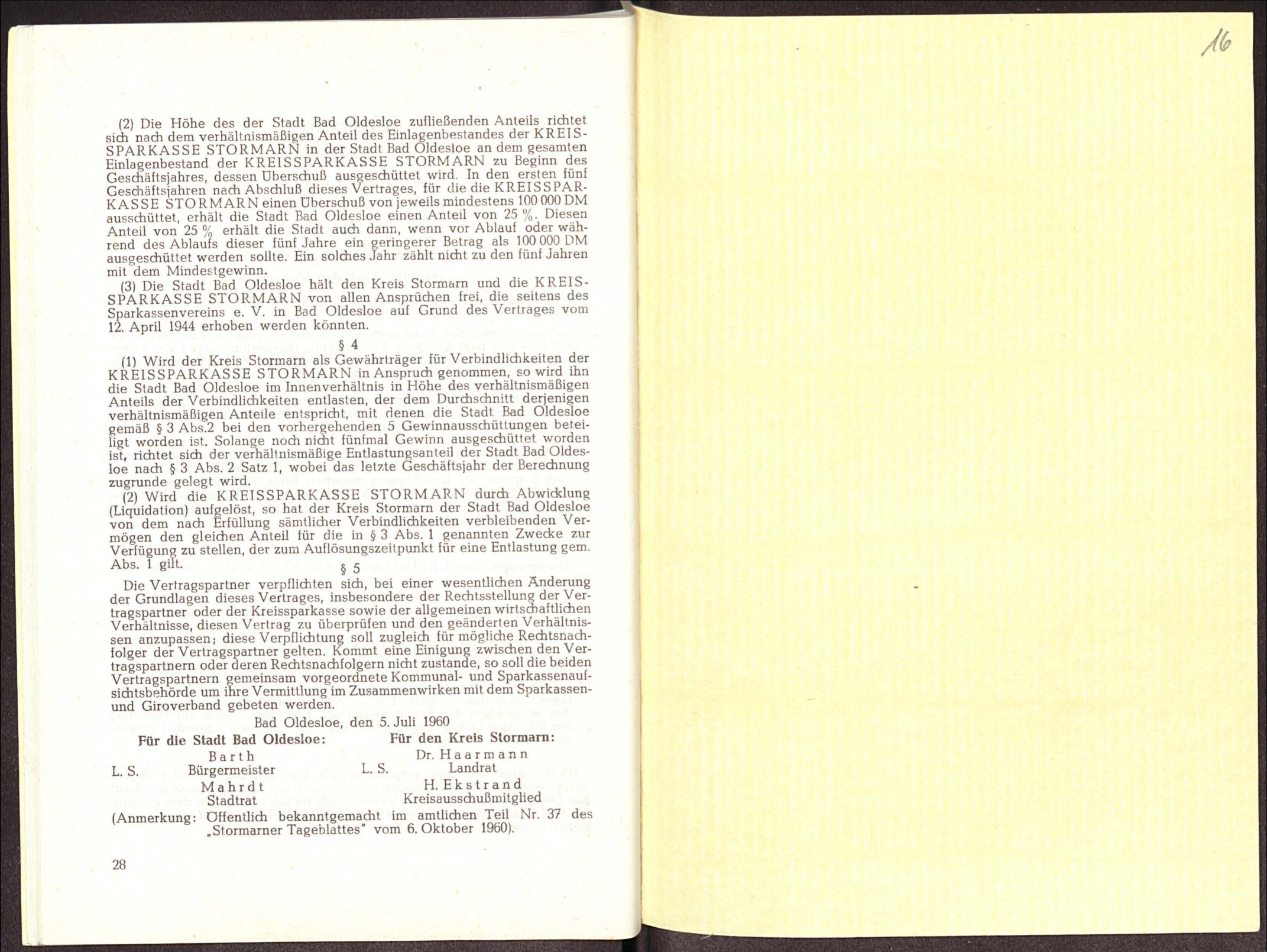
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

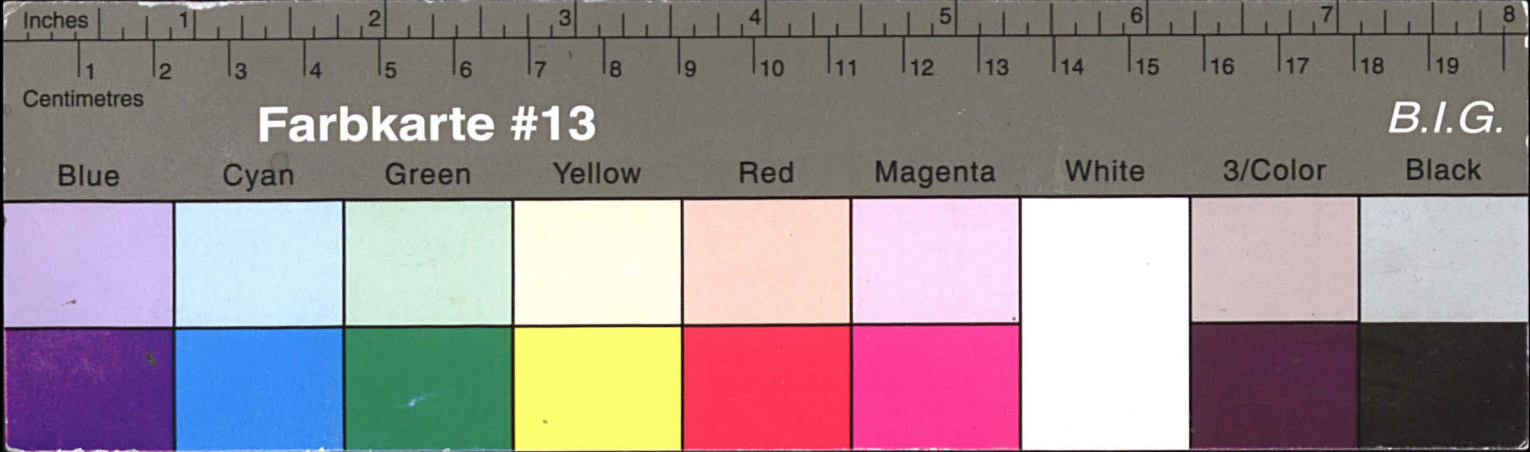




Kreisarchiv Stormarn E103

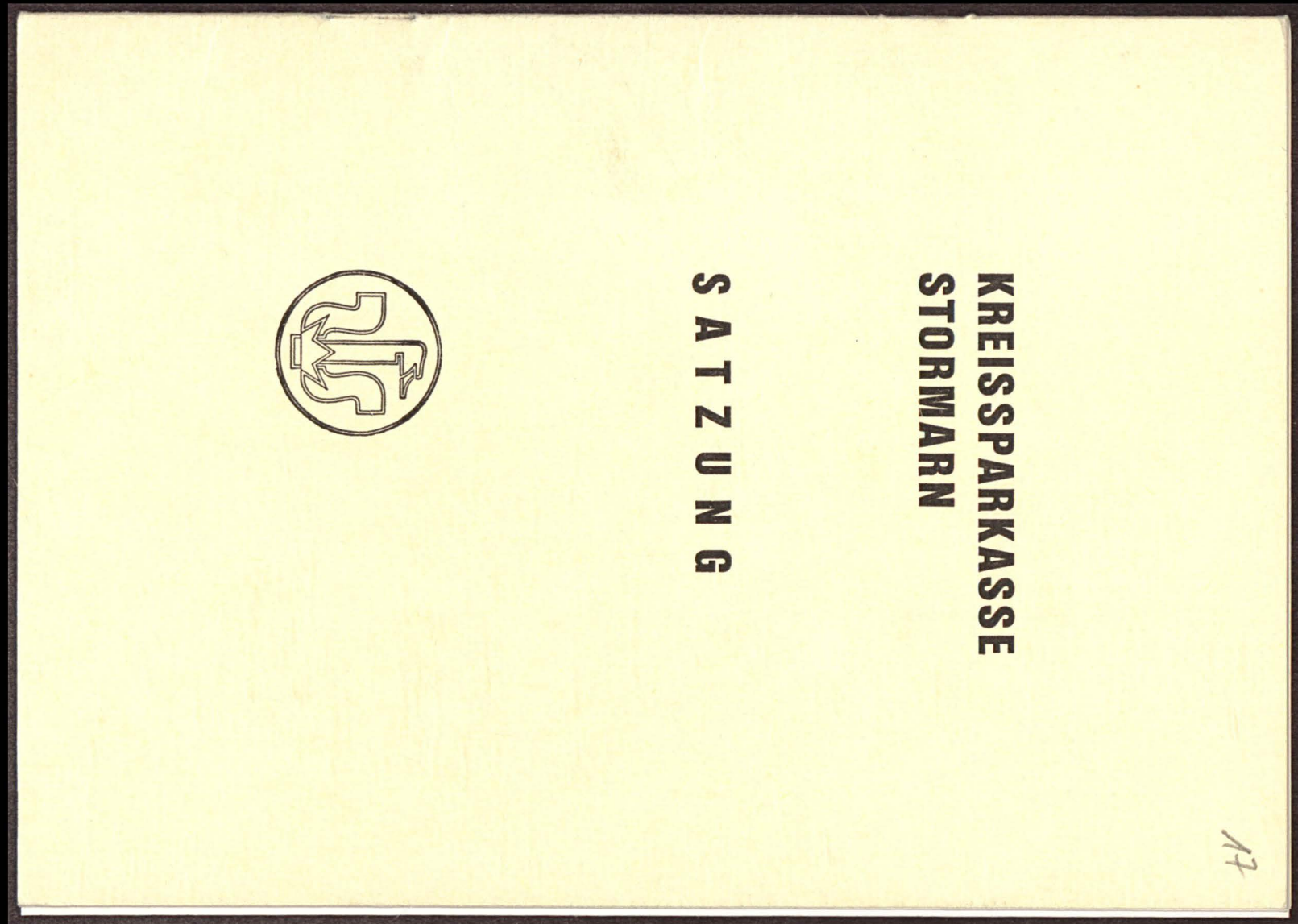
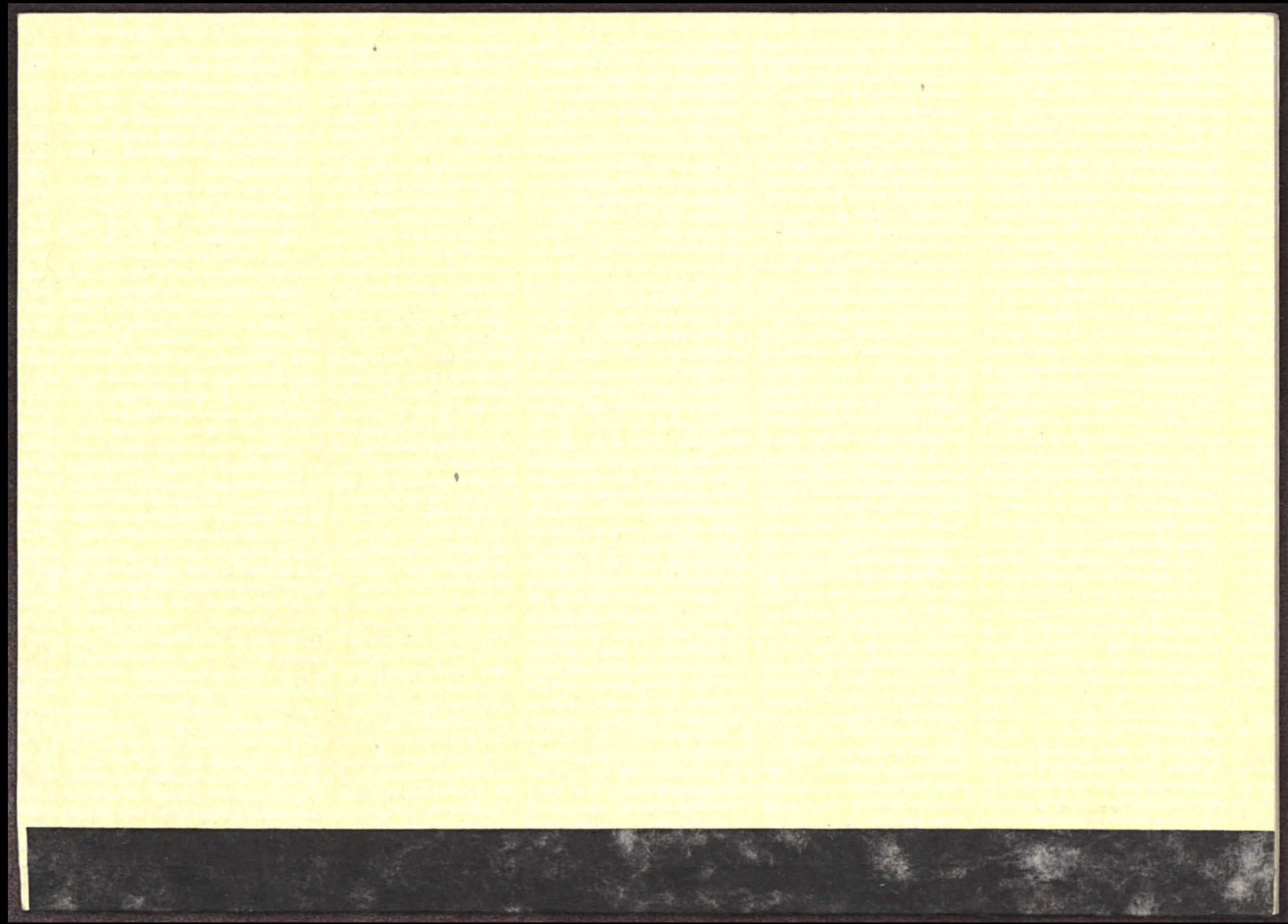
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

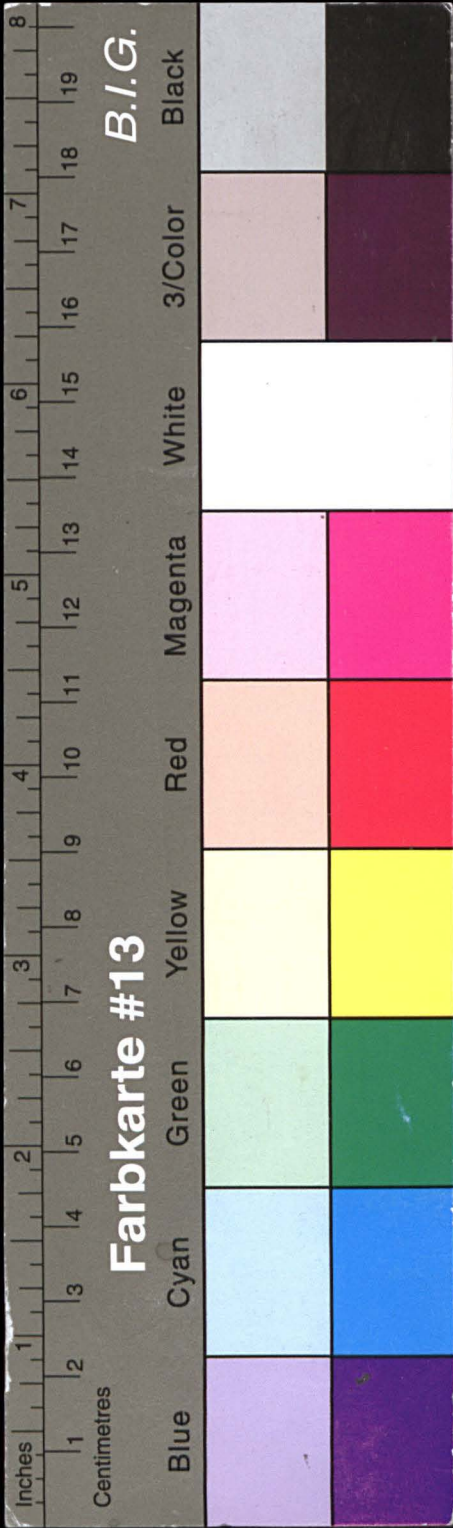




Kreisarchiv Stormarn E103

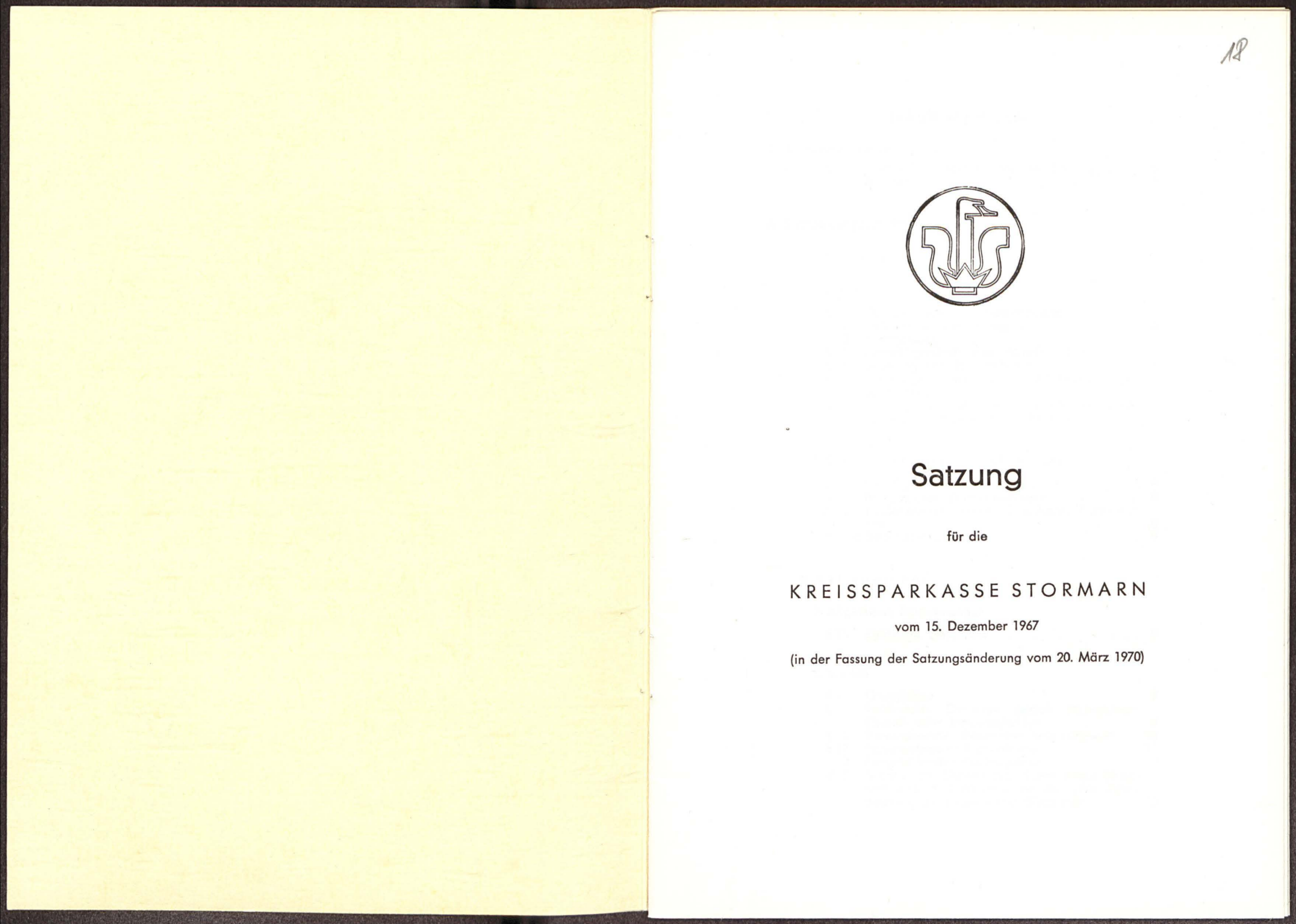
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

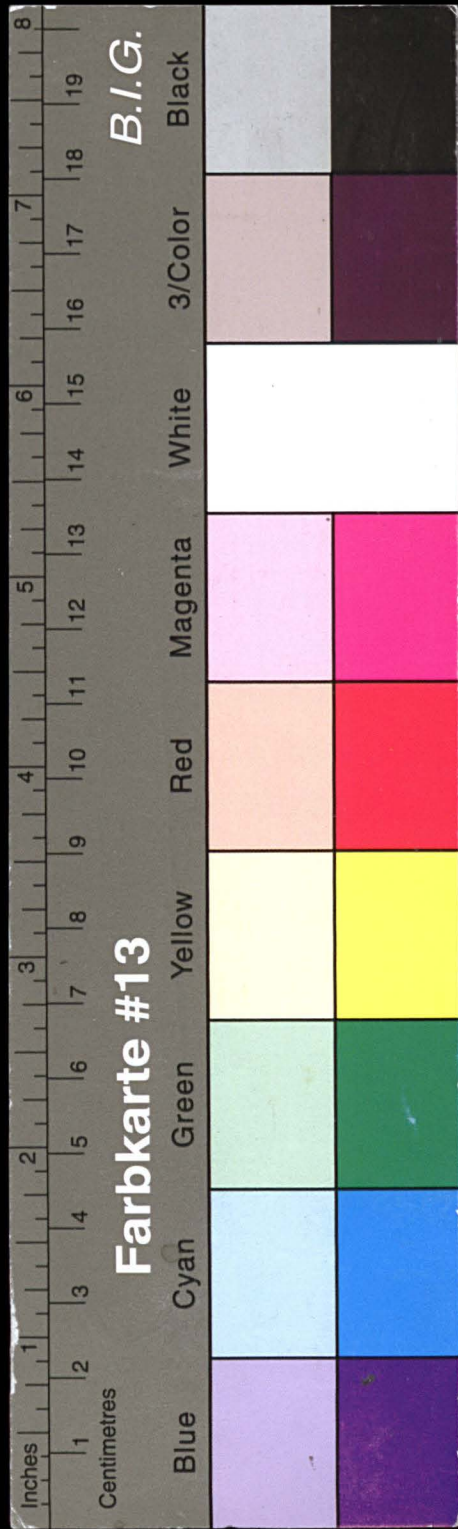




Kreisarchiv Stormarn E103

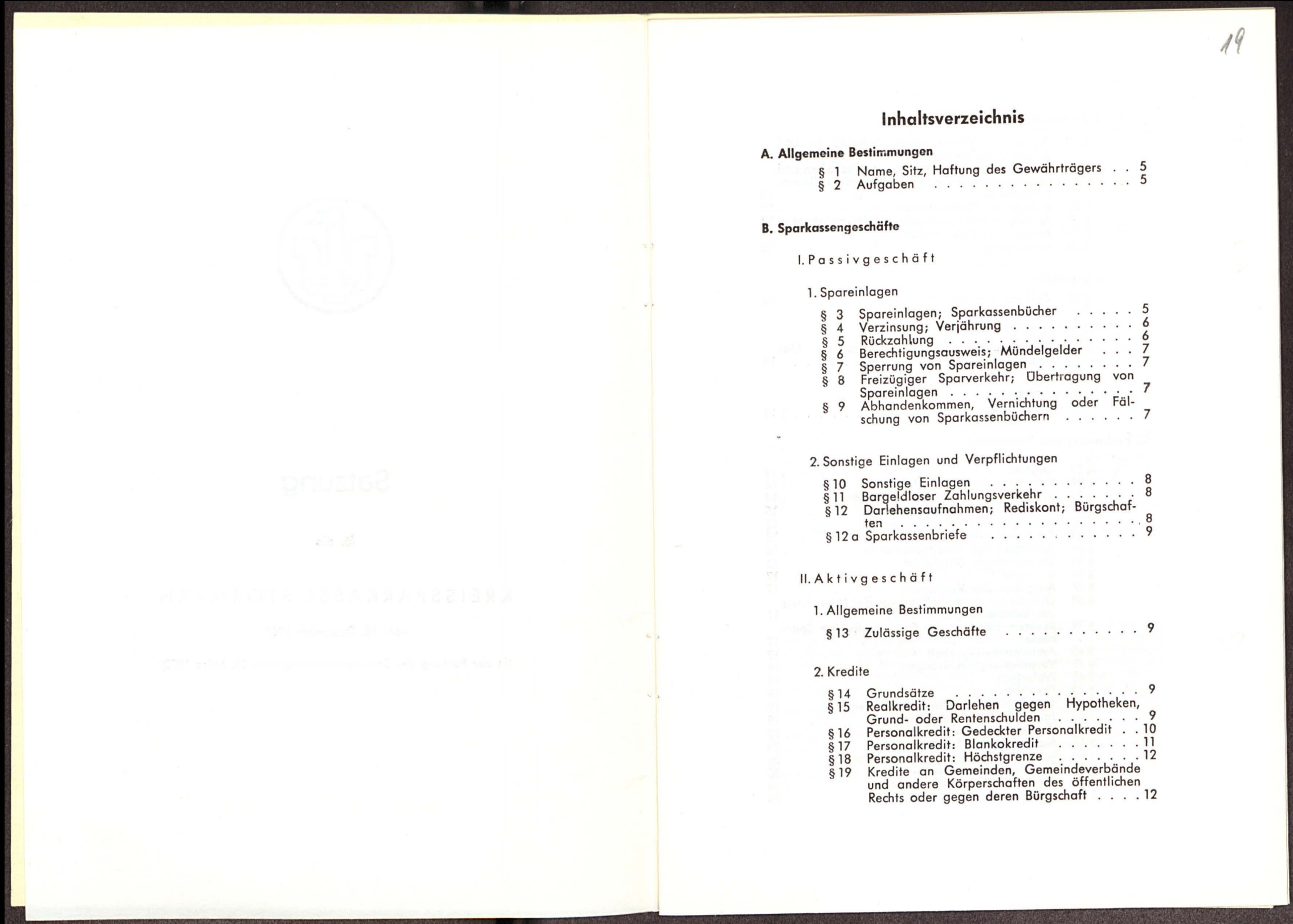
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Inhaltsverzeichnis

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1	Name, Sitz, Haftung des Gewährträgers . . .	5
§ 2	Aufgaben	5

B. Sparkassengeschäfte

I. Passivgeschäft

1. Spareinlagen

§ 3	Spareinlagen; Sparkassenbücher	5
§ 4	Verzinsung; Verjährung	6
§ 5	Rückzahlung	6
§ 6	Berechtigungsausweis; Mündelgelder	7
§ 7	Spernung von Spareinlagen	7
§ 8	Freizügiger Sparverkehr; Übertragung von Spareinlagen	7
§ 9	Abhandenkommen, Vernichtung oder Fäl- schung von Sparkassenbüchern	7

2. Sonstige Einlagen und Verpflichtungen

§ 10	Sonstige Einlagen	8
§ 11	Bargeldloser Zahlungsverkehr	8
§ 12	Darlehensaufnahmen; Rediskont; Bürgschaf- ten	8
§ 12 a	Sparkassenbriefe	9

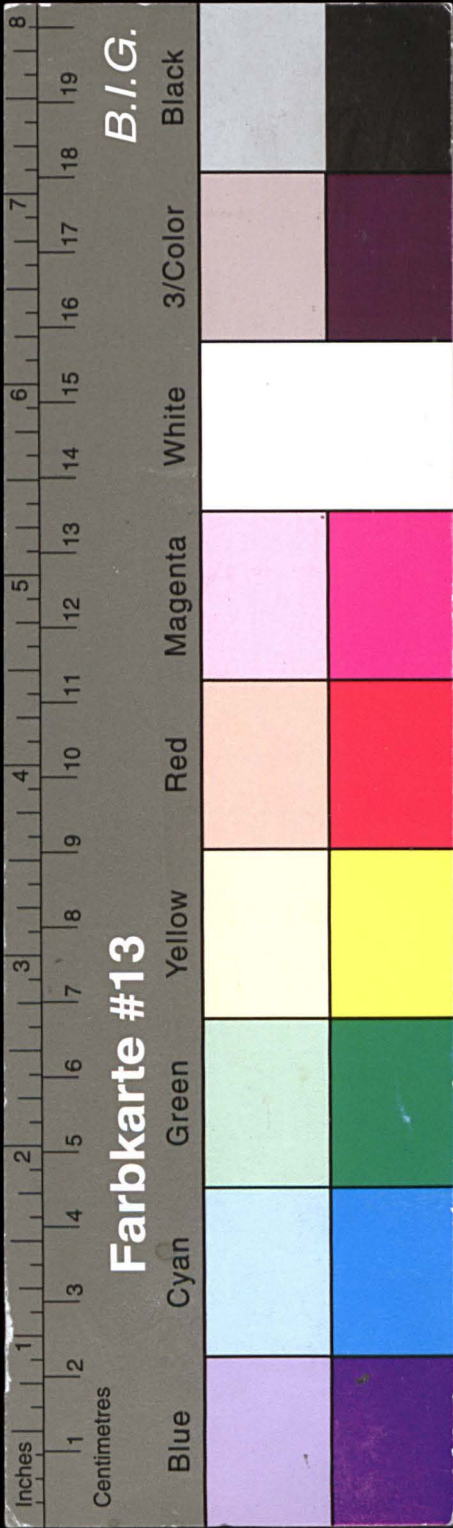
II. Aktivgeschäft

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 13	Zulässige Geschäfte	9
------	-------------------------------	---

2. Kredite

§ 14	Grundsätze	9
§ 15	Realkredit; Darlehen gegen Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden	9
§ 16	Personalkredit; Gedeckter Personalkredit	10
§ 17	Personalkredit; Blankokredit	11
§ 18	Personalkredit; Höchstgrenze	12
§ 19	Kredite an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder gegen deren Bürgschaft	12



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

3. Andere Anlagen	
§ 20 Anlagen in Wertpapieren, Schuldbuch- und Schuldscheinforderungen sowie in Anteil- scheinen von Kapitalanlagegesellschaften und von Grundstücksanlagegesellschaften (Immo- bilienfonds)	13
§ 21 Anlage bei Geldinstituten	13
§ 22 Anlage in Schatzwechseln und Privatdiskonten	13
§ 23 Anlage in Grundstücken	13
§ 24 Beteiligungen	13
4. Liquidität	
§ 25 Zahlungsbereitschaft	13
III. Sonstige Geschäfte	
§ 26 Dienstleistungsgeschäfte und andere Ge- schäfte	14
IV. Ausnahmen	
§ 27 Ausnahmen	14
C. Verfassung und Verwaltung	
§ 28 Organe	14
§ 29 Verwaltungsrat	14
§ 30 Vorsitzender des Verwaltungsrates	14
§ 31 Aufgaben des Verwaltungsrates	15
§ 32 Sitzungen des Verwaltungsrates	15
§ 33 Kreditausschuß	15
§ 34 Aufgaben des Kreditausschusses	16
§ 35 Ehrenamtliche Mitglieder	16
§ 36 Vorstand	17
§ 37 Aufgaben des Vorstandes	17
§ 38 Gründe der Ausschließung von der Mitwirkung bei Entscheidungen	17
§ 39 Rechtsverhältnisse der Dienstkräfte der Spar- kasse	17
§ 40 Amtsverschwiegenheit	17
§ 41 Verpflichtungserklärungen	18
§ 42 Prüfungen	19
§ 43 Geschäftsjahr	19
§ 44 Voranschlag der Handlungskosten	19
§ 45 Jahresabschluß und Entlastung	19
§ 46 Verwendung von Überschüssen	19
§ 47 Auflösung der Sparkasse	20
§ 48 Bekanntmachungen der Sparkasse	20
§ 49 Satzungsänderungen	20
§ 50 Bekanntmachung der Satzung	20
§ 51 Inkrafttreten der Satzung	20

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Name, Sitz, Haftung des Gewährträgers

(1) Die von dem Kreis Stormarn errichtete Sparkasse mit dem Sitz in Bad Oldesloe hat den Namen:

KREISSPARKASSE STORMARN

und führt ein Siegel oder einen Stempel mit dieser Bezeichnung.

(2) Die Sparkasse ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

(3) Der Kreis Stormarn haftet als Gewährträger für die Verbindlichkeiten der Sparkasse unbeschränkt. Die Gläubiger der Sparkasse können den Gewährträger nur in Anspruch nehmen, soweit sie aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden.

(4) Die Sparkasse kann Zweigstellen errichten.

(5) Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein.

§ 2

Aufgaben

(1) Die Sparkasse hat die Aufgabe, den Sparsinn in der Bevölkerung zu wecken und zu fördern. Zu diesem Zweck hat sie alle erforderlichen und geeigneten Einrichtungen zu treffen, um möglichst weite Kreise der Bevölkerung für den Spargedanken zu gewinnen; hierzu gehören auch die Pflege des Sparsinns der Jugend durch Belehrung und Schulspareinrichtungen sowie die Förderung des öffentlichen Bausparwesens.

(2) Die Sparkasse gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs nach Maßgabe dieser Satzung, pflegt den bargeldlosen Zahlungsverkehr, insbesondere den Spargiroverkehr (Sparkassenüberweisungsverkehr), und betreibt die weiteren in dieser Satzung vorgesehenen Geschäfte.

(3) Die Spareinlagen sollen unter Berücksichtigung der Liquiditätserfordernisse grundsätzlich lang- oder mittelfristig angelegt werden, die sonstigen Einlagen mit keinen längeren Kündigungsfristen, als sie hereingenommen sind. Die Ausleihungen werden entweder als jederzeit kündbare Kredite oder als Darlehen, in der Regel mit Kündigungsfristen und planmäßiger Tilgung, gewährt.

(4) Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt.

B. Sparkassengeschäfte

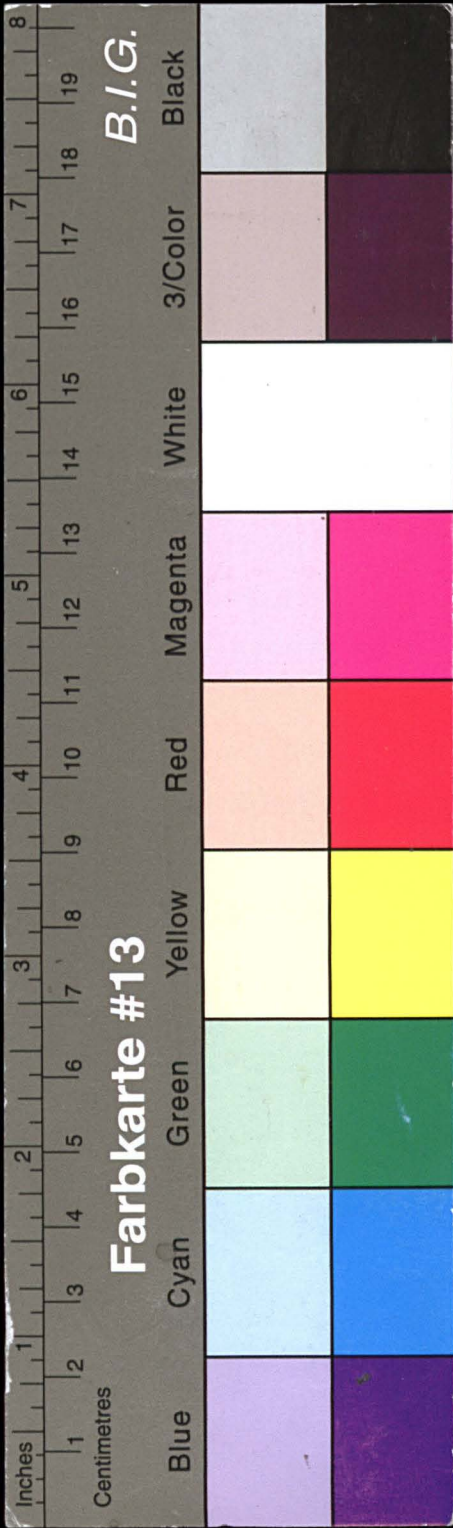
1. Passivgeschäft

1. Spareinlagen

§ 3

Spareinlagen; Sparkassenbücher

(1) Die Sparkasse nimmt von jedermann Spareinlagen in Höhe von mindestens 1,- DM an. Spareinlagen sind Einlagen, die durch Ausfertigung einer Urkunde, insbesondere eines Sparkassenbuches, als solche gekennzeichnet sind. Als Spareinlagen dürfen nur Geldbeträge angenommen werden, die der Ansammlung oder Anlage von Vermögen dienen; Geldbeträge, die zur Verwendung im Geschäftsbetrieb oder für den Zahlungsverkehr bestimmt sind, erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Geldbeträge, die von vornherein befristet angenommen werden, gelten nicht als Spareinlage. Geldbeträge von juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften dürfen nur dann als Spareinlage angenommen werden, wenn die Voraussetzungen der Sätze 3 und 4 dargetan sind. Dies gilt nicht für Geldbeträge von Einrichtungen, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(2) Jeder Sparer erhält bei der ersten Einlage ein Sparkassenbuch, das Namen und Wohnung des Sparers sowie die Nummer des Sparkontos enthält. Das Sparkassenbuch muß ferner einen Hinweis darauf enthalten, daß die Satzungsbestimmungen über den Sparverkehr im Kassenraum eingesehen werden können. Dem Sparer wird auf Antrag ein Abdruck dieser Satzungsbestimmungen ausgehändigt.

(3) Der Sparer ist der Sparkasse gegenüber zur sorgfältigen Aufbewahrung des Sparkassenbuches verpflichtet.

(4) Jede Ein- und Rückzahlung wird mit Angabe des Tages in das Sparkassenbuch eingetragen. Einzahlungen durch Überweisung, Scheck-übersendung und dergleichen werden bei der nächsten Vorlage des Sparkassenbuches eingetragen.

(5) Im freizügigen Sparverkehr (§ 8 Abs. 1) werden die von einer anderen Sparkasse entgegengenommenen Einzahlungen sowie die von einer anderen Sparkasse an den Sparer bewirkten Auszahlungen von der anderen Sparkasse in das Sparkassenbuch eingetragen. Diese Eintragungen durch eine andere Sparkasse erbringen wie eigene Eintragungen den Beweis, daß die bescheinigten Ein- und Auszahlungen stattgefunden haben.

§ 4

Verzinsung; Verjährung

- (1) Der Zinssatz für Spareinlagen wird vom Verwaltungsrat festgesetzt und durch Aushang im Kassenraum bekanntgegeben.
- (2) Eine Änderung des Zinssatzes tritt für bestehende Spareinlagen mit ihrer Bekanntmachung durch Aushang im Kassenraum in Kraft.
- (3) Der Zinslauf beginnt mit dem auf die Einzahlung folgenden und endet mit dem der Rückzahlung vorhergehenden Kalendertag. Der Monat wird zu 30 Tagen, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet.
- (4) Die aufgelaufenen Zinsen werden am Jahresschluß dem Kapital zugeschrieben und mit diesem vom Beginn des neuen Geschäftsjahres an verzinst.
- (5) Nur volle DM-Beträge werden verzinst.
- (6) Mit Ablauf von 30 Jahren nach Ende des Kalenderjahres, in dem die letzte Einlage oder Rückzahlung auf ein Sparkonto bewirkt wurde, kann die Verzinsung der Spareinlage eingestellt werden. Nach Ablauf eines weiteren Zeitraumes von fünf Jahren, innerhalb dessen das Sparkassenbuch nicht vorgelegt wurde, verjährt der Anspruch aus dem Guthaben. Vor Ablauf der Verjährungsfrist ist durch dreimonatigen Aushang im Kassenraum darauf hinzuweisen, daß das Guthaben nach Eintritt der Verjährung der Sicherheitsrücklage zugeführt werden kann. Die Fristen beginnen bei gesperrten Einlagen (§ 7) nicht vor dem Ablauf der Sperre.

§ 5

Rückzahlung

- (1) Die Kündigungsfrist für Spareinlagen beträgt drei Monate (gesetzliche Kündigungsfrist). Von Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist können ohne Kündigung bis zu 1 000,- Deutsche Mark für jedes Sparkonto innerhalb von dreißig Zinstagen zurückgefordert werden.
- (2) Die Sparkasse kann mit dem Sparer eine längere Kündigungsfrist als die gesetzliche vereinbaren. Die Kündigungsfrist muß mindestens sechs Monate betragen. In diesem Falle ist die Kündigung frühestens sechs Monate nach der Einzahlung der Spareinlage zulässig.
- (3) Ausnahmsweise kann die Sparkasse Spareinlagen vorzeitig zurückzahlen.
- (4) Bei Kündigung der Spareinlage durch den Sparer kann die Sparkasse dem Sparer erklären, daß sie die Kündigung als nicht erfolgt ansehen werde, wenn der Sparer das Geld nicht binnen einer Woche nach Fälligkeit abhebt. Die Sparkasse kann diese Erklärung auch im voraus durch Abdruck im Sparkassenbuch abgeben.

(5) Die Sparkasse kann Spareinlagen schriftlich oder durch zweimalige Bekanntmachung (§ 48) kündigen. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate, sofern keine längere Kündigungsfrist vereinbart ist (Abs. 2). Die gekündigten Spareinlagen, die nach Ablauf der Kündigungsfrist nicht abgehoben sind, verzinst die Sparkasse nach freiem Ermessen.

(6) Die Rückzahlung von Spareinlagen und die Auszahlung von Zinsen dürfen nur gegen Vorlage des Sparkassenbuches erfolgen.

(7) Wird die gesamte Spareinlage zurückgezahlt, so ist das Sparkassenbuch der Sparkasse zurückzugeben.

§ 6

Berechtigungsausweis, Mündelgelder

- (1) Die Sparkasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, an jeden Vorleger des Sparkassenbuches Zahlungen zu leisten.
- (2) Um Verfügungen Unbefugter über Spareinlagen zu verhindern, kann der Sparer bestimmen, daß die Sparkasse nur gegen Vorlage eines besonderen Ausweises oder unter Beachtung einer anderen Sicherungsvereinbarung zahlt.
- (3) Sparkassenbücher, auf die ein Vormund, ein Pfleger oder ein Elternteil, dem ein Beistand bestellt ist, nach § 1809 des Bürgerlichen Gesetzbuches Zahlungen leistet, sind durch den Vermerk „Mündelgeld“ kenntlich zu machen. In diesen Fällen darf das Kapital ganz oder teilweise nur mit Genehmigung des Gegenvormundes, des Vormundschaftsgerichtes oder des Beistandes und gegen Ausweis über die Person des Berechtigten ausgezahlt werden.

§ 7

Spernung von Spareinlagen

- (1) Die Sparkasse kann, soweit nichts anderes vereinbart ist, auf Antrag dessen, der das Recht aus der Spareinlage geltend machen kann, die Spareinlage bis zu einem bestimmten Zeitpunkt oder bis zum Eintritt eines bestimmten Ereignisses durch Eintragung eines Vermerks auf dem Konto und im Sparkassenbuch sperren; sie darf dann das Guthaben nur nach dem Inhalt dieses Vermerks auszahlen.
- (2) Die Sperre wird unwirksam, wenn die Person stirbt, zu deren Gunsten der Vermerk eingetragen ist, wenn der bestimmte Zeitpunkt oder das erwartete Ereignis eintritt oder wenn sich herausstellt, daß es nicht eintreten kann. Vorher darf die Sperre nur mit Genehmigung des Vorstandes aufgehoben werden.
- (3) Die Sperre bezieht sich, soweit nichts anderes vereinbart ist, auf die gesamte Spareinlage und die Zinsen.

§ 8

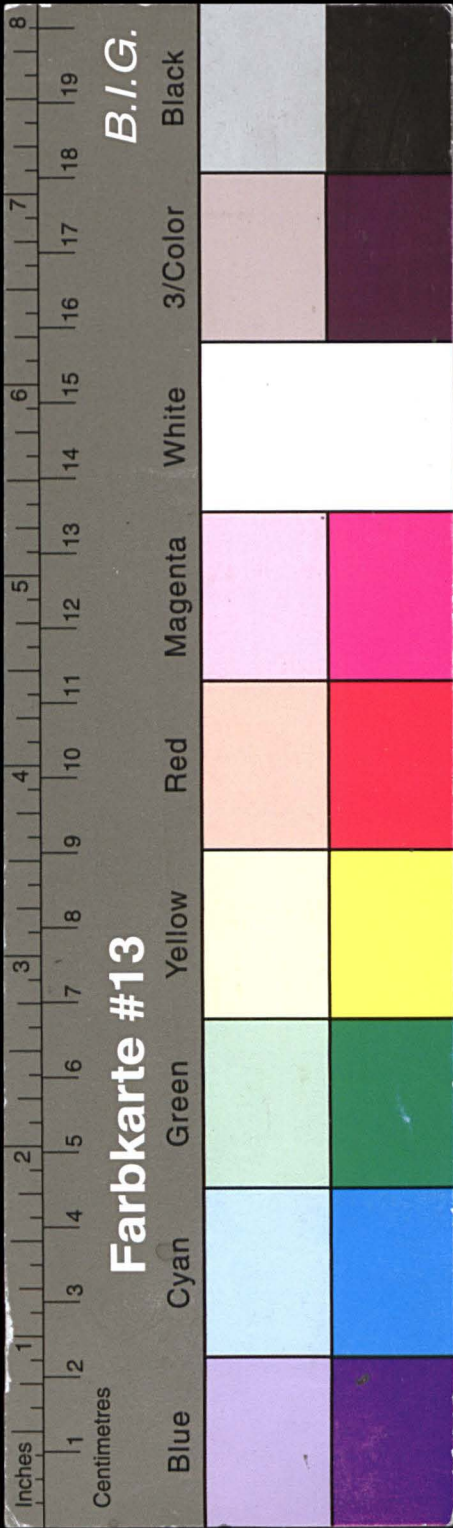
Freizügiger Sparverkehr; Übertragung von Spareinlagen

- (1) Die Sparkasse ermöglicht durch ihre Teilnahme am freizügigen Sparverkehr, Einzahlungen auf Sparkonten, die bei einer anderen Sparkasse im Geltungsbereich des Grundgesetzes geführt werden, entgegenzunehmen und Auszahlungen zu Lasten eines solchen Sparkontos zu leisten (§ 3 Abs. 5). Hierfür gelten die von der Sparkassen- und Giroorganisation aufgestellten Grundsätze.
- (2) Die Bestimmung des Abs. 1 gilt auch im Verhältnis zu ausländischen Sparkassen mit der Maßgabe, daß diese Sparkassen Einzahlungen auf ein bei einer deutschen Sparkasse geführtes Sparkonto entgegennehmen und Auszahlungen zu Lasten eines solchen Sparkontos leisten dürfen. Voraussetzung ist ferner, daß ein entsprechendes Abkommen zwischen der deutschen und der ausländischen Sparkassen- und Giroorganisation getroffen worden ist.
- (3) Auf Verlangen überträgt die Sparkasse Spareinlagen an eine andere Sparkasse und übernimmt Spareinlagen von anderen Sparkassen.

§ 9

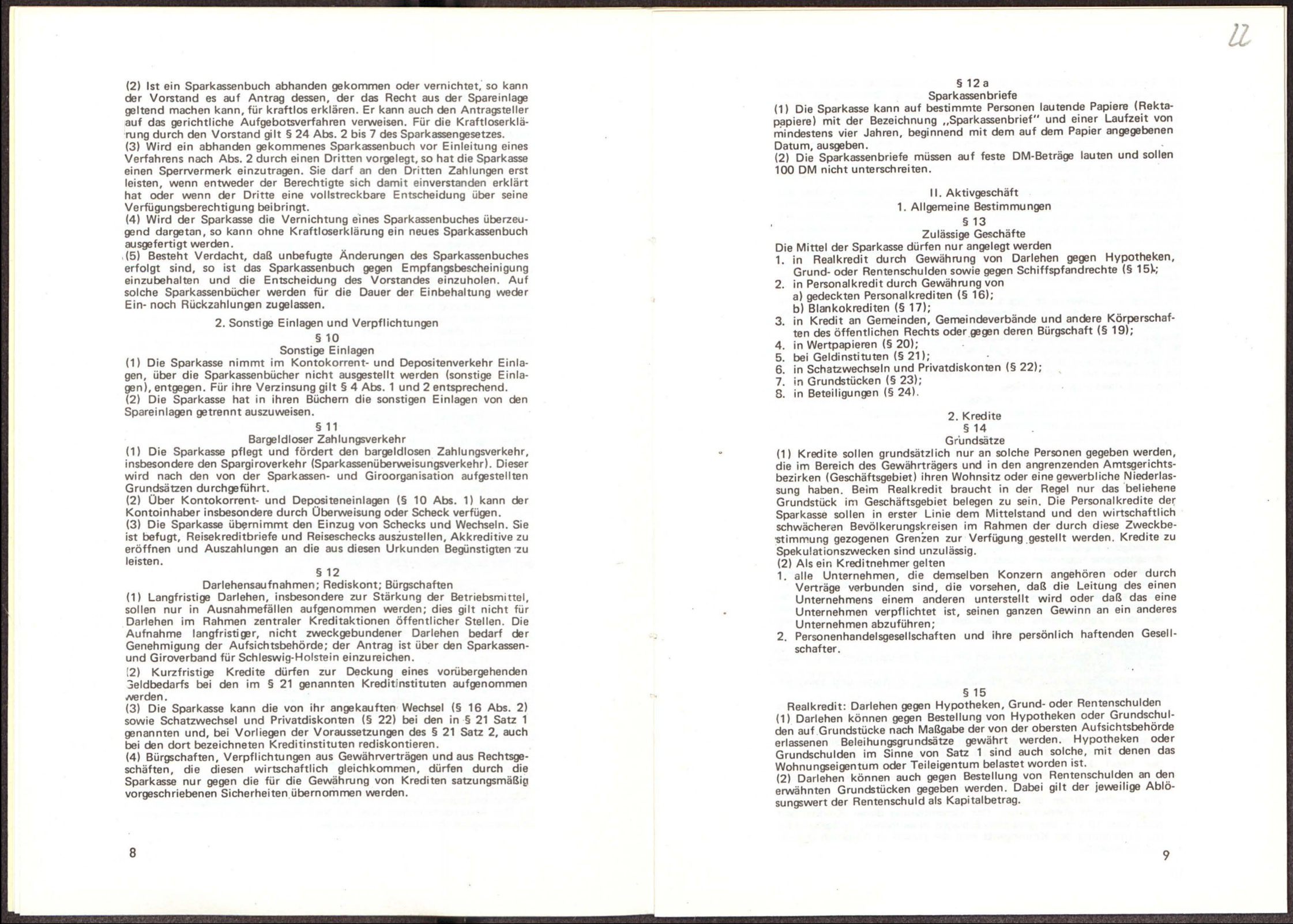
Abhandenkommen, Vernichtung oder Fälschung von Sparkassenbüchern

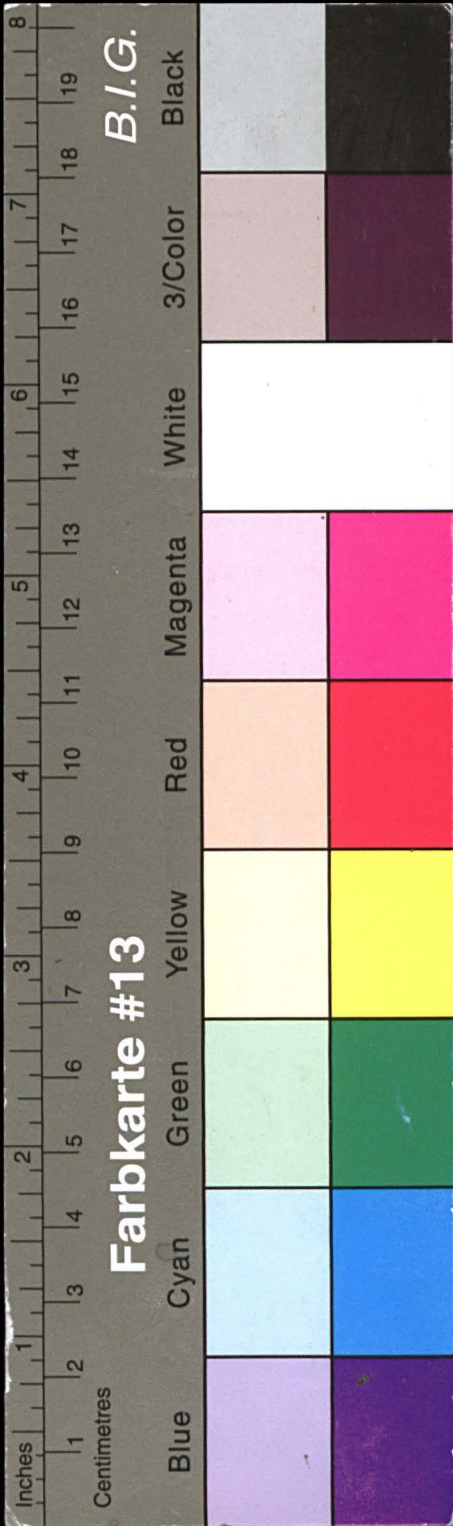
- (1) Das Abhandenkommen oder die Vernichtung eines Sparkassenbuches ist unverzüglich der Sparkasse anzuzeigen.



Kreisarchiv Stormarn E103

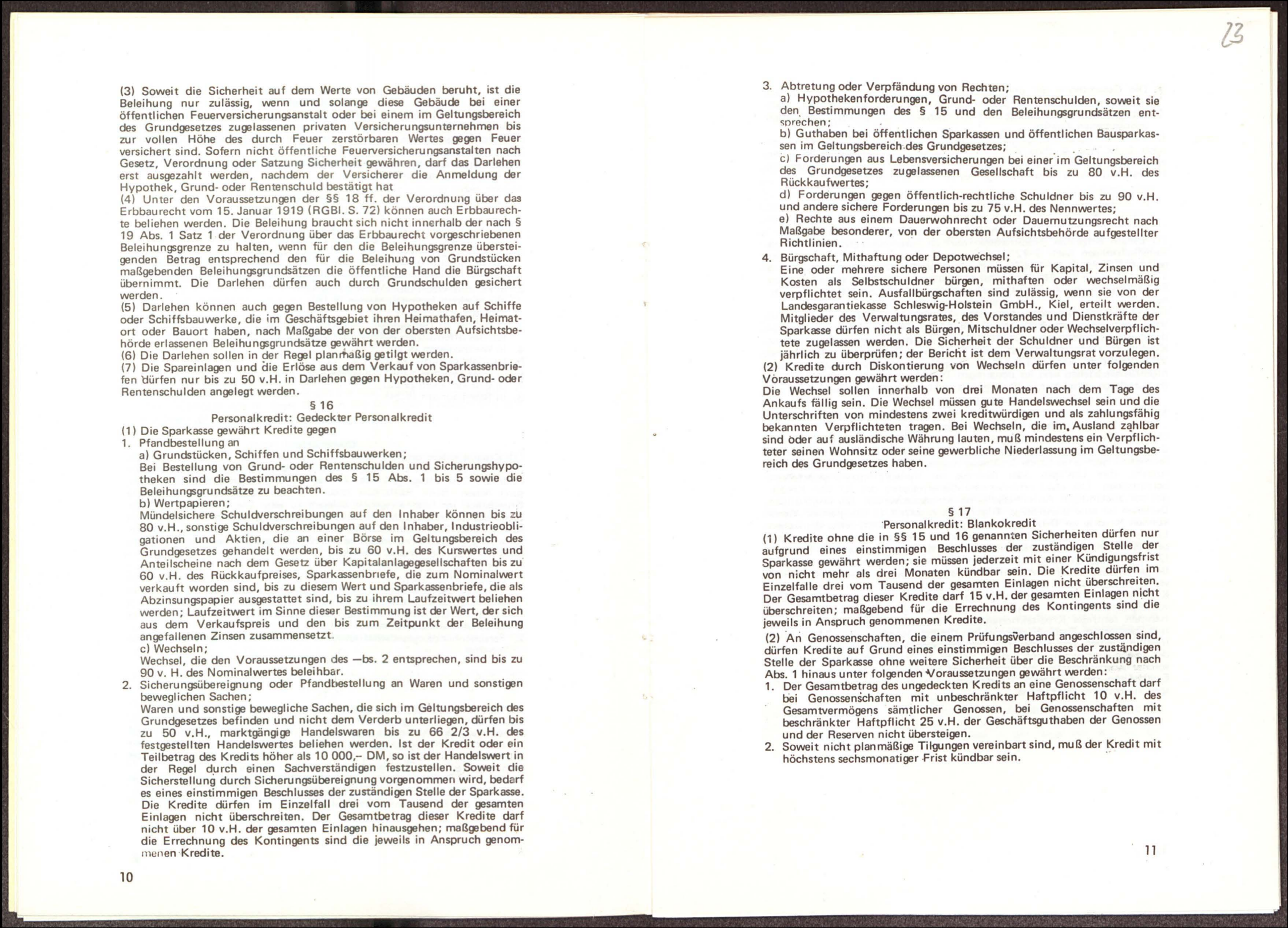
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

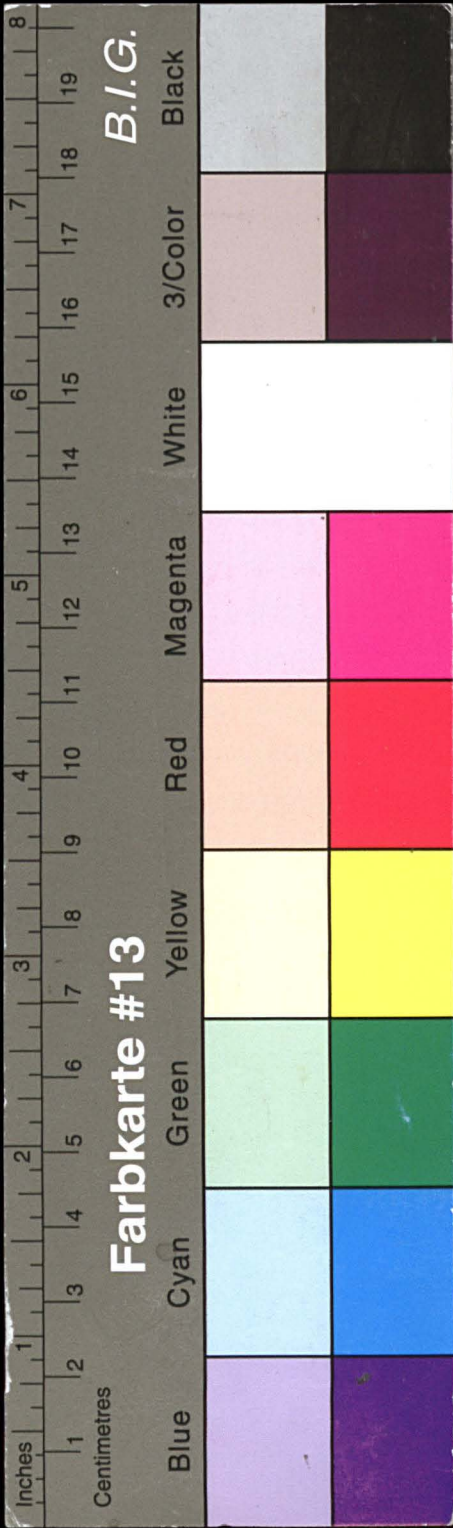




Kreisarchiv Stormarn E103

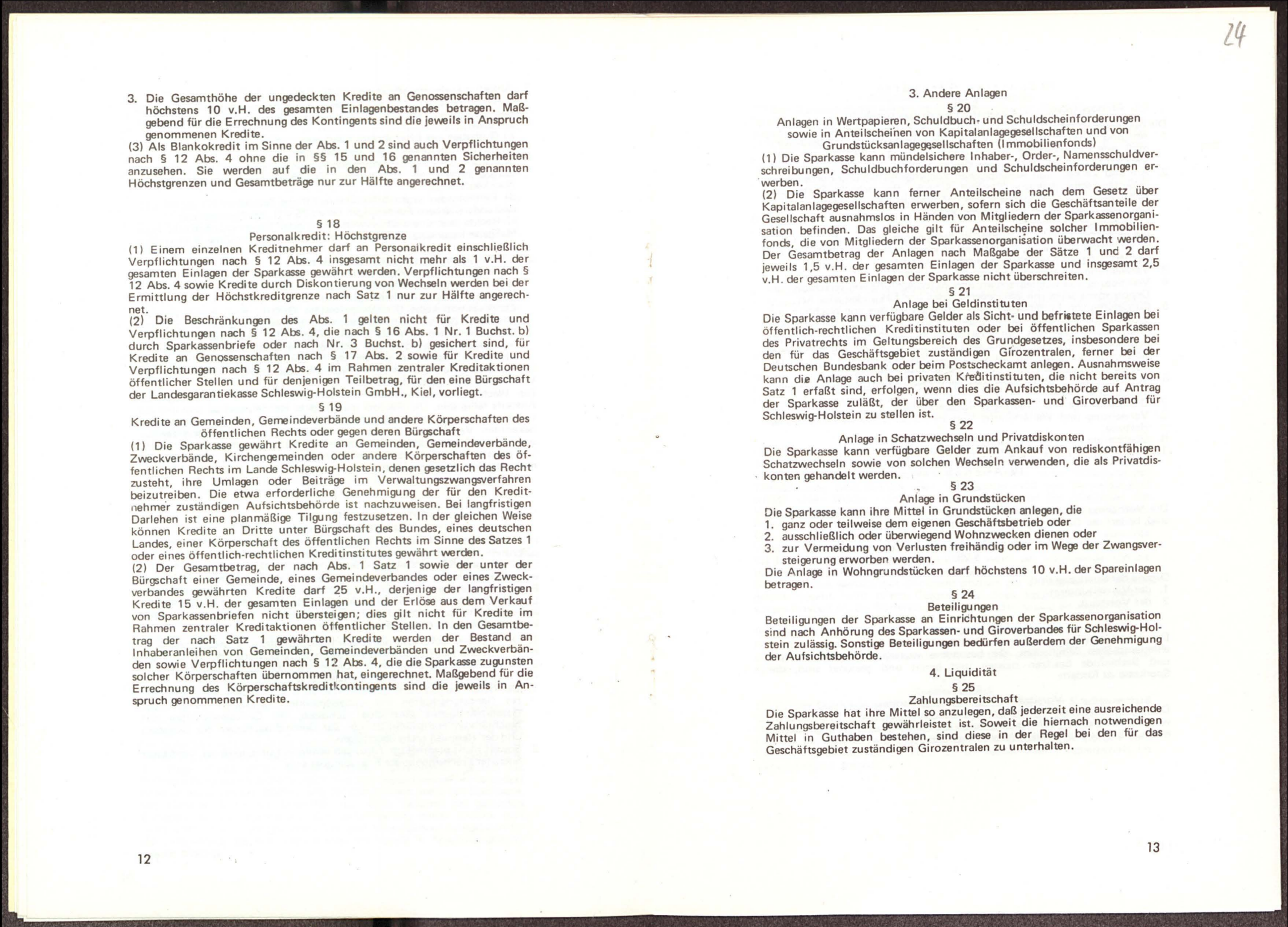
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

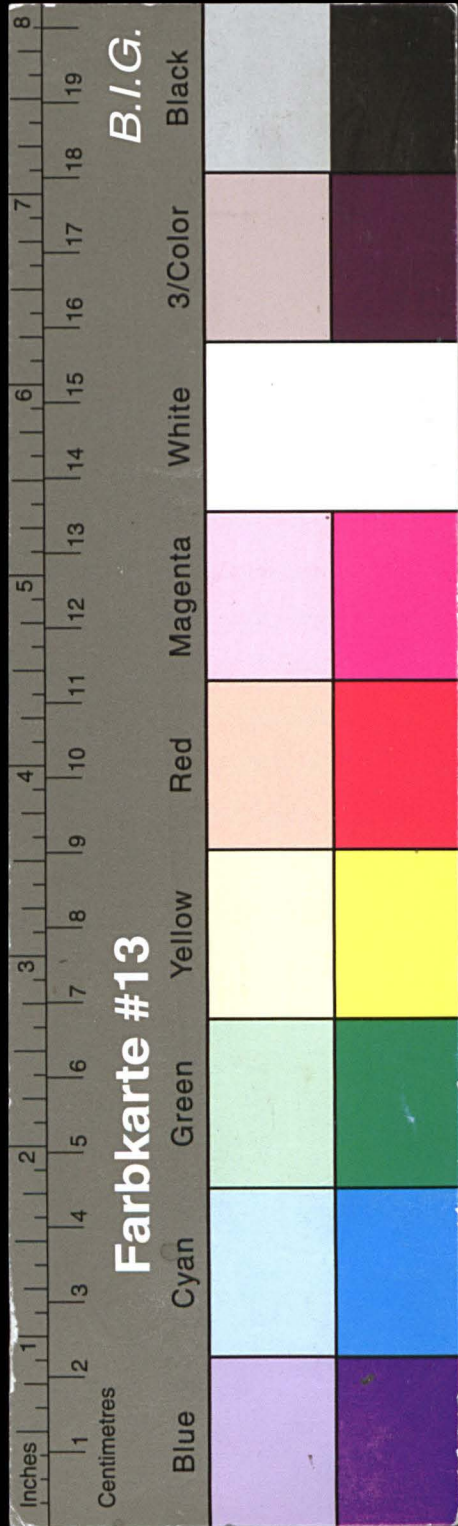




Kreisarchiv Stormarn E103

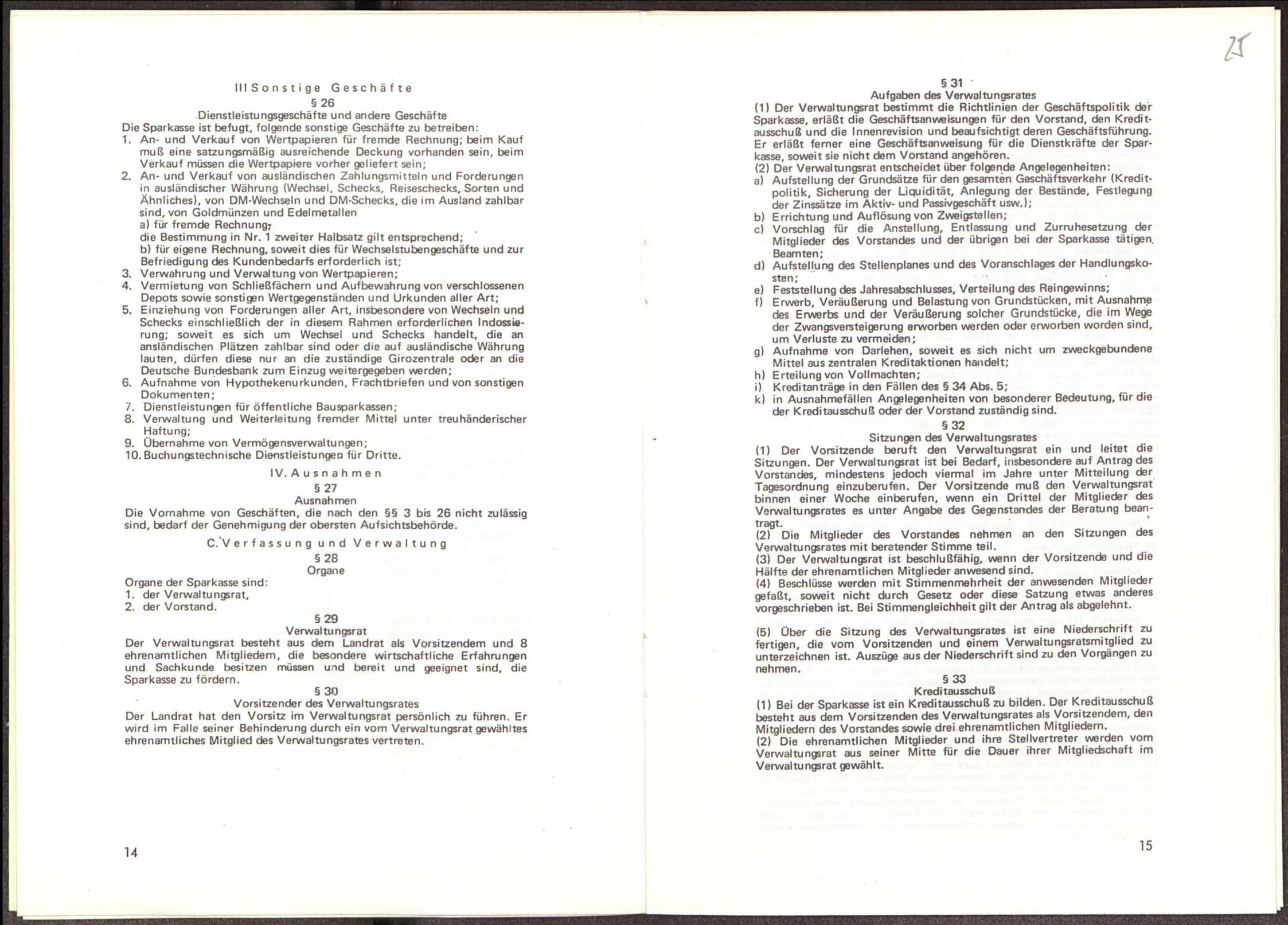
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

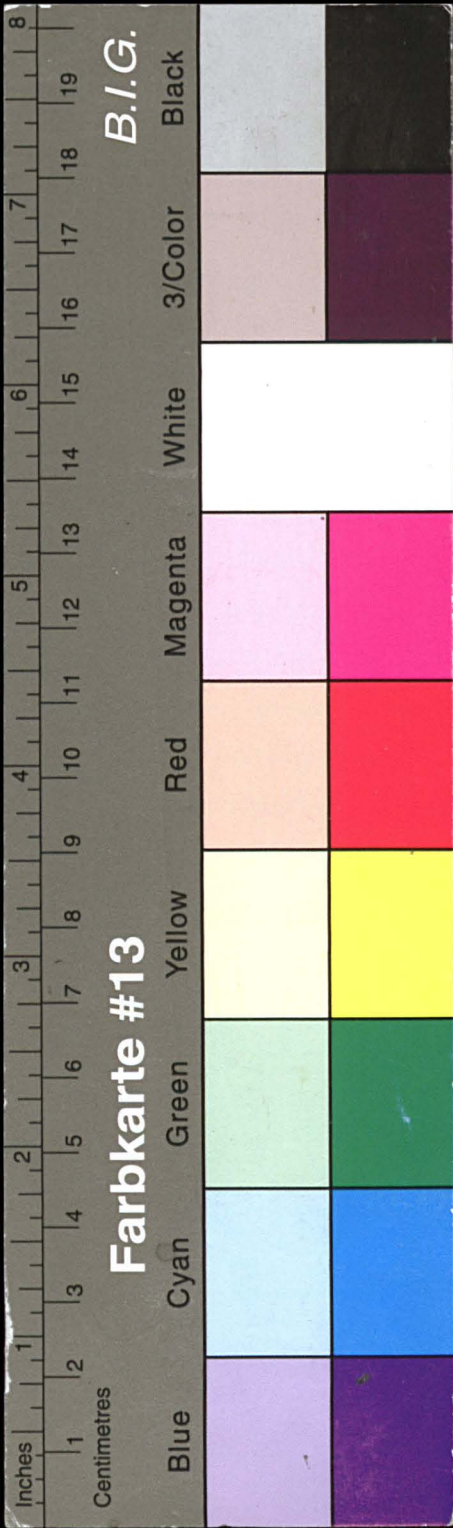




Kreisarchiv Stormarn E103

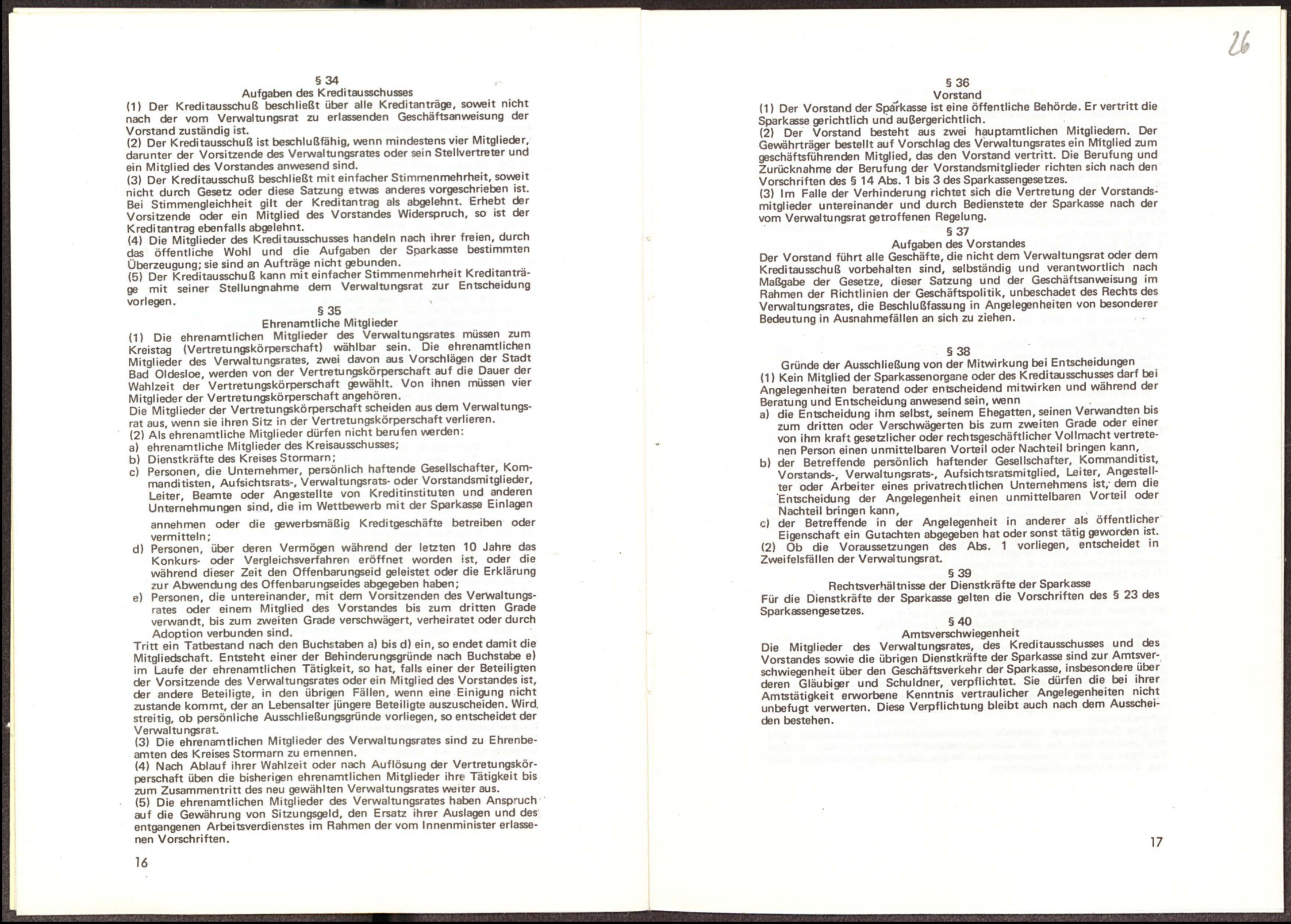
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

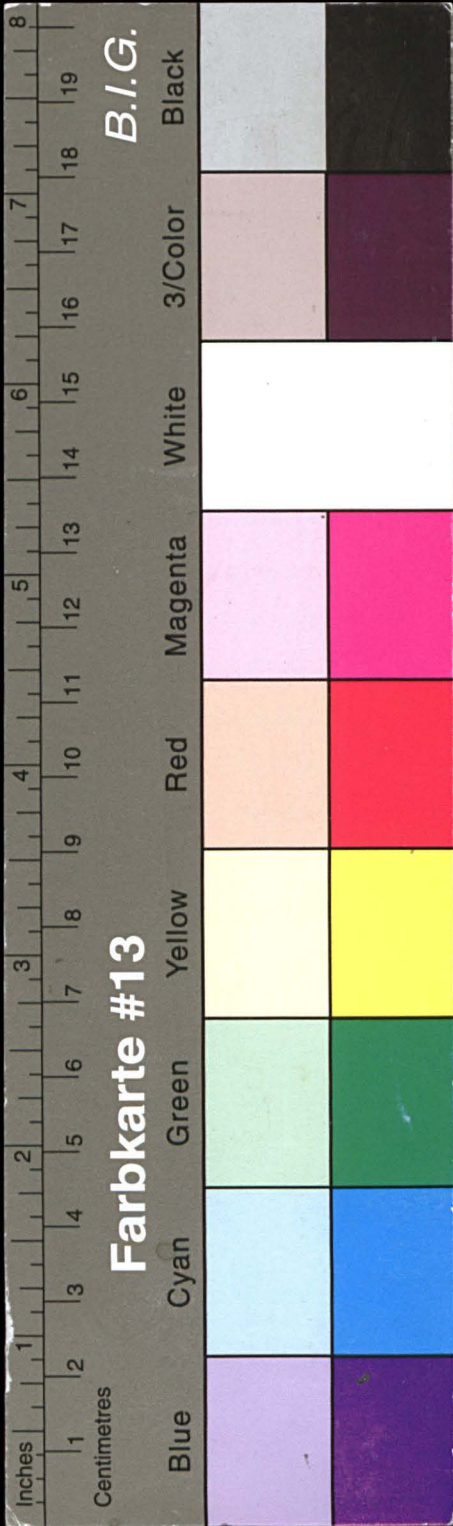




Kreisarchiv Stormarn E103

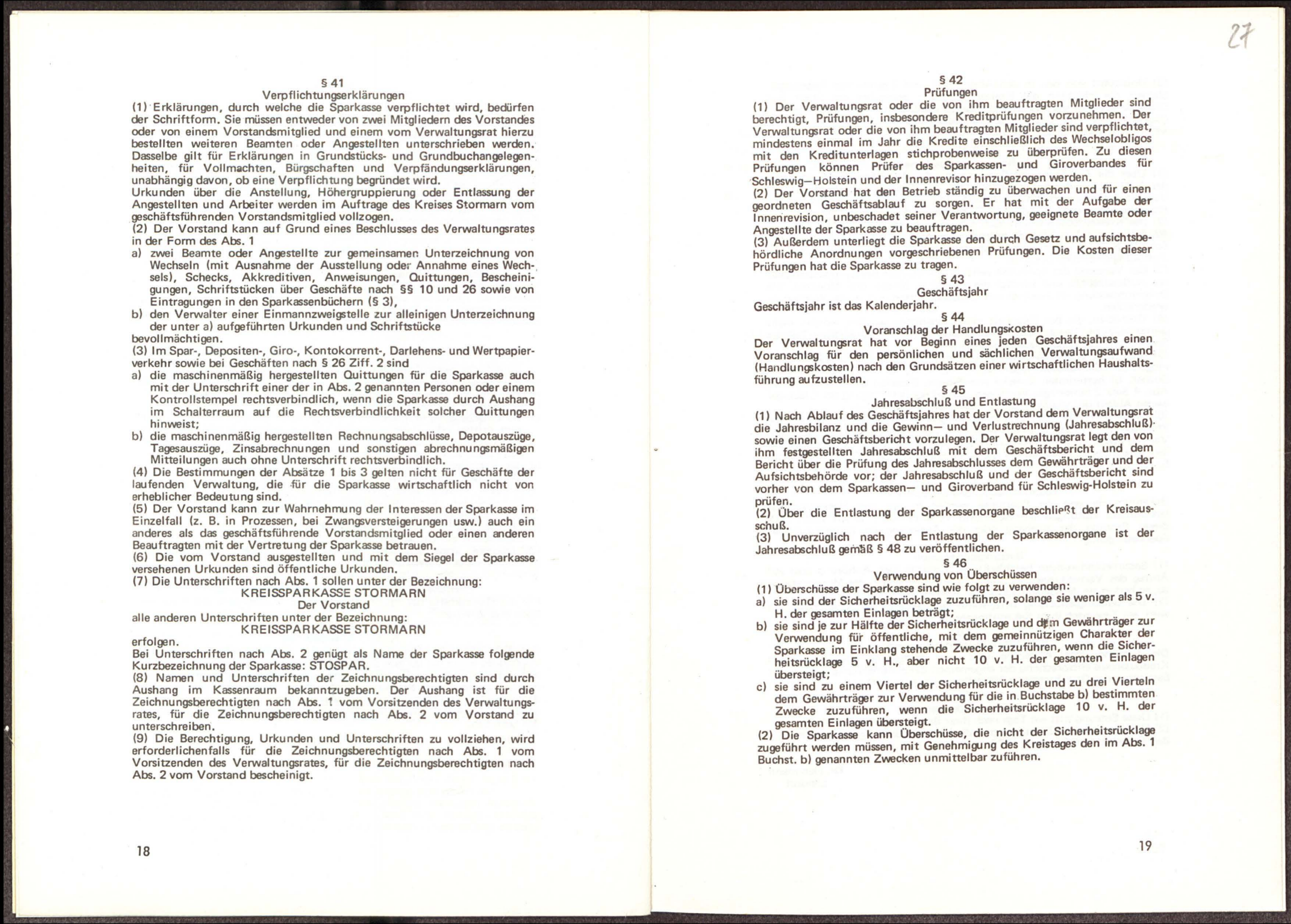
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

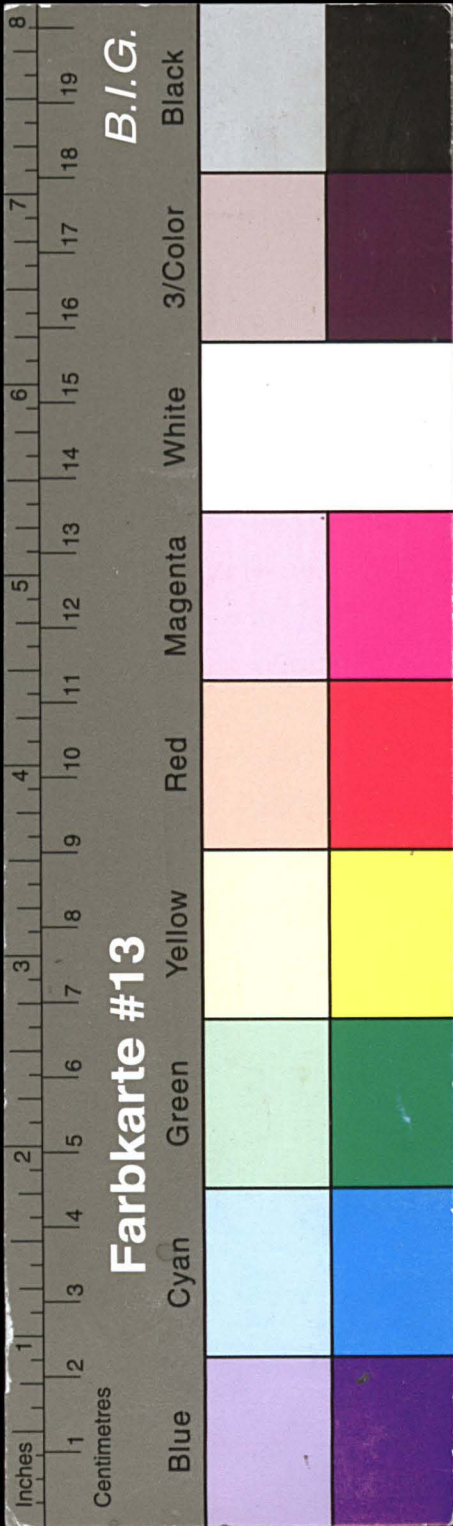




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(3) Unberührt von den in den Absätzen 1 und 2 genannten Regelungen bleiben die Pflichten des Kreises Stormarn gegenüber der Stadt Bad Oldesloe aus dem Vertrag zwischen dem Kreis Stormarn und der Stadt Bad Oldesloe über ihre Beziehungen in Bezug auf die KREISSPARKASSE STORMARN vom 5. Juli 1960.

§ 47
Auflösung der Sparkasse

(1) Über die Auflösung der Sparkasse beschließt, unbeschadet des Falles des § 31 Abs. 2 des Sparkassengesetzes, der Kreistag nach Anhörung des Verwaltungsrates und des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein. Der Beschluß bedarf der Zustimmung des Innenministers.

(2) Der Kreisausschuß macht nach § 43 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 42 Abs. 4 des Landesverwaltungsgesetzes vom 18. April 1967 (GVOBl. Schl.-H. S. 131) unverzüglich nach dem Inkrafttreten des Beschlusses die Auflösung öffentlich bekannt.

(3) Der Vorstand der Sparkasse weist in öffentlicher Bekanntmachung auf die Auflösung hin und kündigt die Guthaben binnen drei Monaten. Die Bekanntmachung ist zweimal mit Zwischenfristen von je vier Wochen zu wiederholen.

(4) Guthaben, die bei Fälligkeit nicht abgehoben werden, werden nicht weiter verzinst. Der zur Befriedigung der Gläubiger erforderliche Teil des Sparkassenvermögens ist zu hinterlegen.

(5) Das nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen ist dem Gewährträger zur Verwendung für die in § 46 Abs. 1 Buchst. b) bestimmten Zwecke zuzuführen. Dasselbe gilt für das gemäß Abs. 4 Satz 2 hinterlegte Vermögen, sobald die Befriedigung der Gläubiger wegen Ablauf der Verjährungsfrist verweigert werden kann.

(6) Unberührt von der im Absatz 5 genannten Regelung bleiben die Pflichten des Kreises Stormarn gegenüber der Stadt Bad Oldesloe aus dem Vertrag zwischen dem Kreis Stormarn und der Stadt Bad Oldesloe über ihre Beziehungen in Bezug auf die KREISSPARKASSE STORMARN vom 5. Juli 1960.

§ 48
Bekanntmachungen der Sparkasse

Bekanntmachungen der Sparkasse werden in den vom Verwaltungsrat bestimmten Zeitungen (Amtsblättern) veröffentlicht, soweit nicht nach dieser Satzung der Aushang oder die Auslegung im Kassenraum der Sparkasse genügt.

§ 49
Satzungsänderungen

(1) Satzungsänderungen beschließt der Kreistag nach Anhörung oder auf Antrag des Verwaltungsrates. Weicht die Satzung von der Mustersatzung ab, so bedarf sie der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(2) Die Satzungsänderung tritt, wenn kein anderer Zeitpunkt bestimmt wird, am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

§ 50
Bekanntmachung der Satzung

Die Satzung, ihre Änderung und ihre Aufhebung sind durch den Kreisausschuß entsprechend der allgemeinen Bekanntmachungsregelung für Satzungen des Gewährsträgers öffentlich bekanntzumachen.

§ 51
Inkrafttreten der Satzung

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Satzung außer Kraft.

Bad Oldesloe, den 27. April 1970

Dr. Haarmann
Landrat

28

Genehmigung

Auf Grund des § 3 Abs. 2 des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 6. Mai 1958 (GVOBl. Schl.-H. S 191) genehmige ich hiermit die vorstehende Satzung der Kreissparkasse Stormarn.

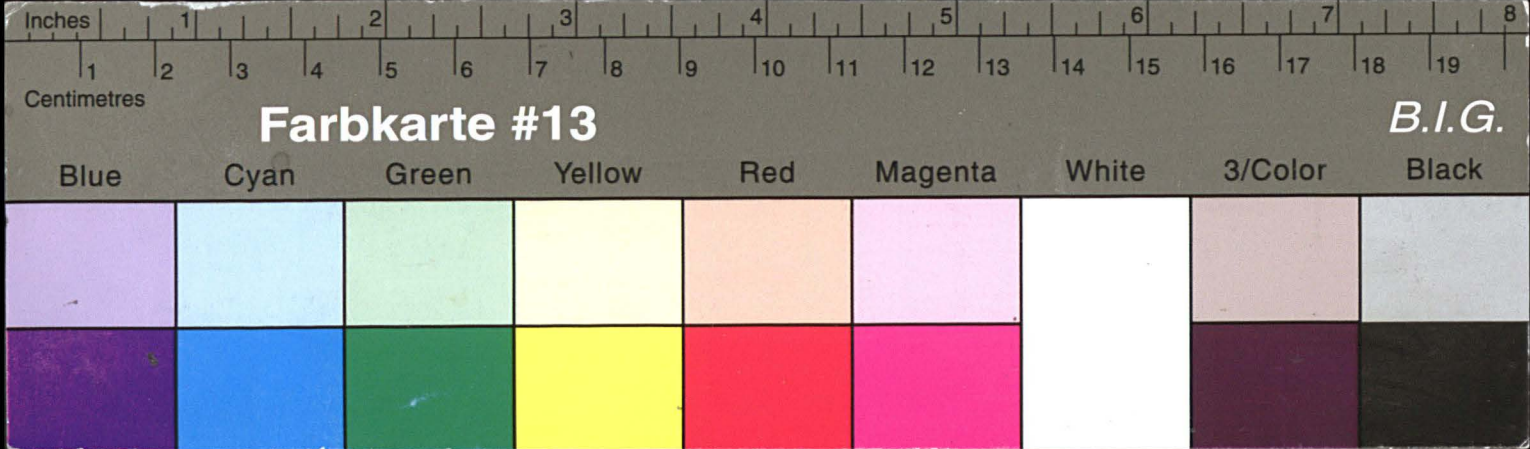
Kiel, den 12. Januar 1968

(L. S.)

**Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein**
Im Auftrage
Kujath

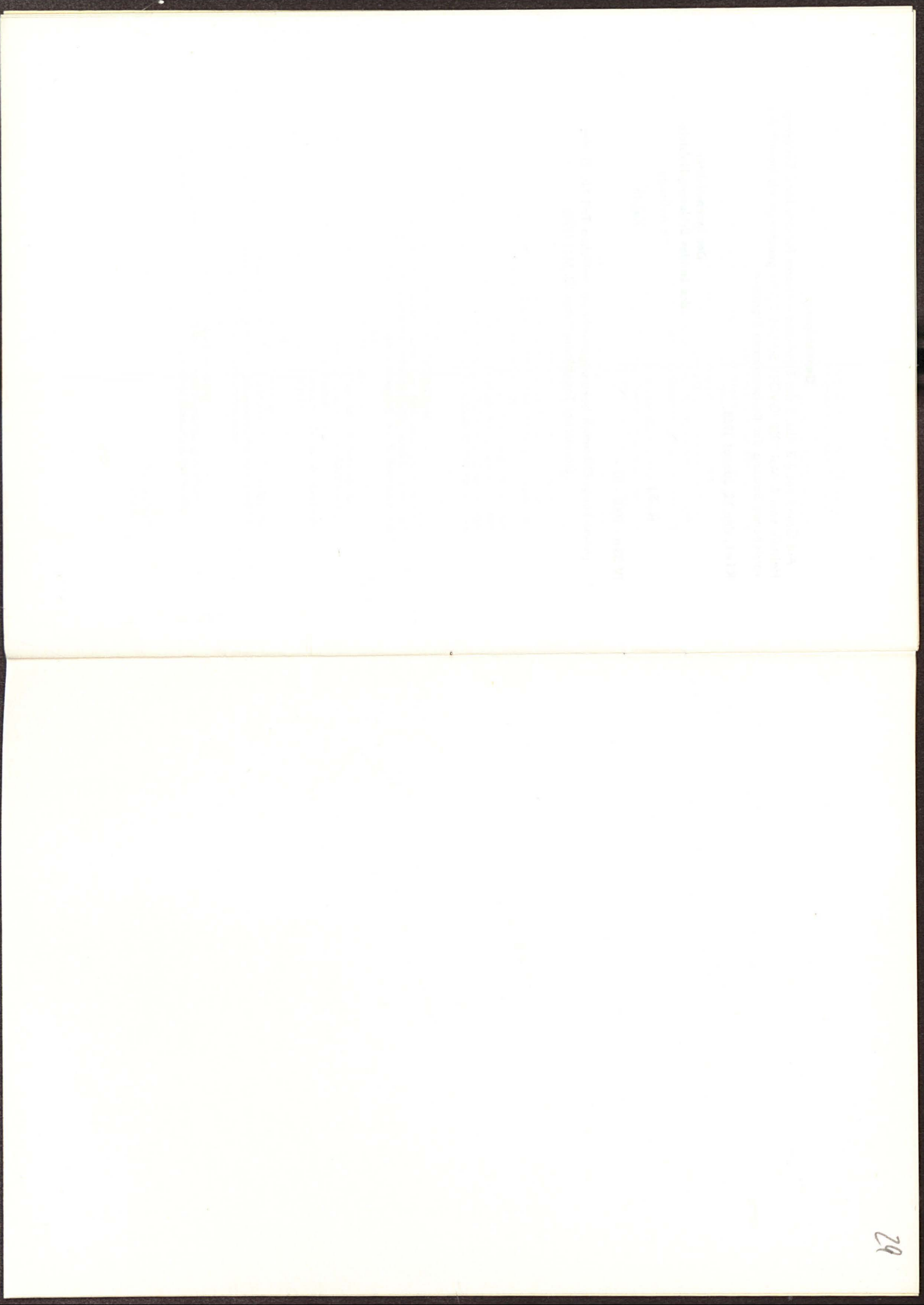
IV 33 a - 8002 - 01 -

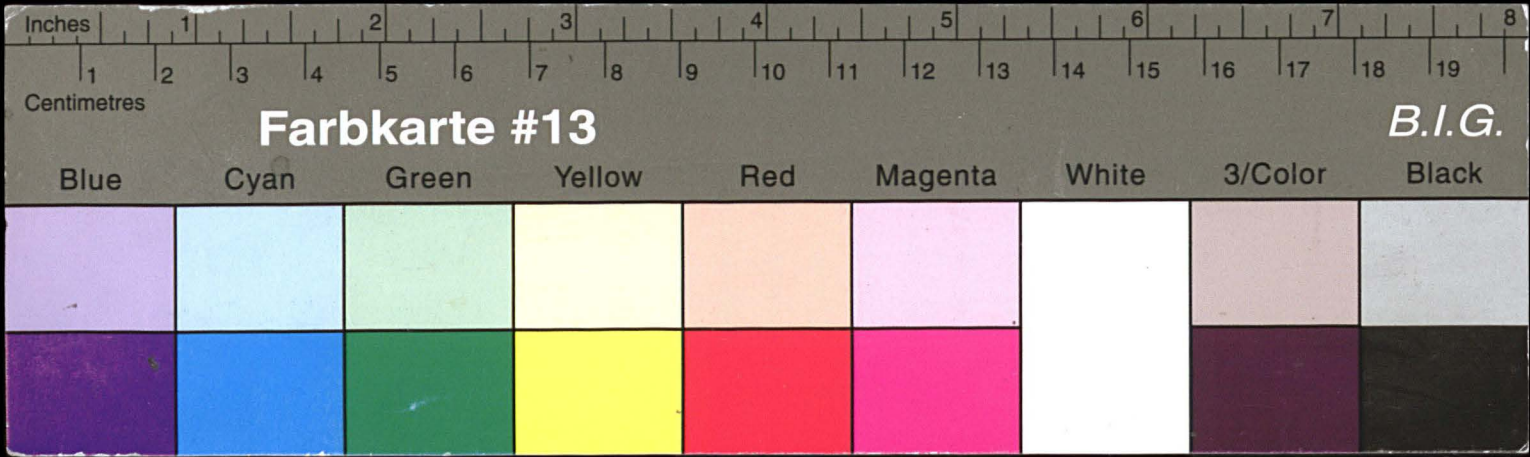
(Anmerkung: Öffentlich bekanntgemacht im amtlichen Teil Nr. 21 des „Stormarner Tageblattes“ vom 28. Mai 1970)



Kreisarchiv Stormarn E103

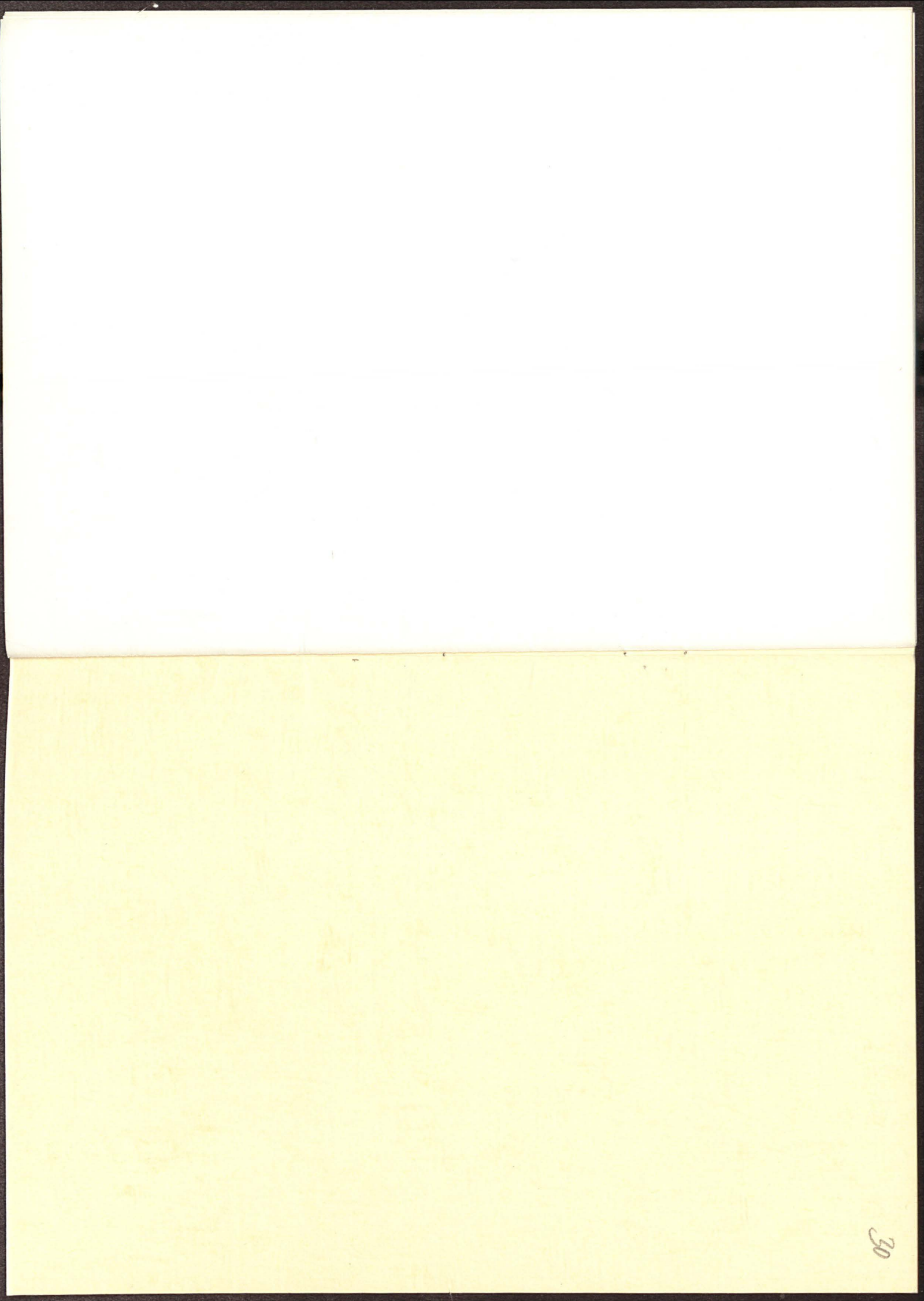
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

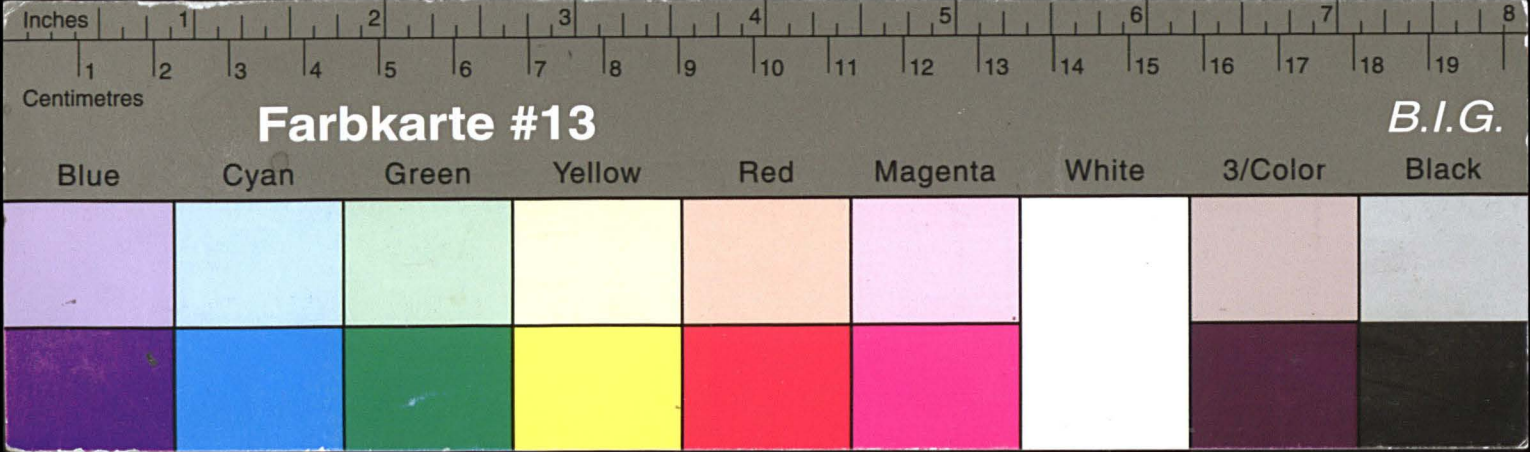




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

